

BULLETIN

NUMMER 4 | Dezember 2015



- * 4 Wahlanalyse – Historische Niederlage *
- * 6 Kantonsrat – An die Wand gefahren *
- * 10 Exekutive – Einstieg geglückt! *
- * 14 Zweite Röhre – Schafft (nur) Probleme *
- * 24 Junge Alternative – Refugees welcome *

2

3 Editorial

Erfolg ist grün

4 Wahlanalyse

Historische Niederlage

6 Kantonsrat

An die Wand gefahren

9 Regierungsrat

Heimisch – auch beim Holz

10 Exekutive

Einstieg geglückt!

13 Spekulation

Mit dem Essen gespielt

14 Zweite Röhre

2. Schafft (nur) Probleme

16 Durchsetzungsinitiative

Subversive Attacke von rechts

18 Fussabdruck

Danebengestanden

20 Südamerika

Eine Woche Sozialismus

24 Junge Alternative

Refugees welcome

25 Serviceteil

Frontal

O Tännlerbaum

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum



«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Hünenberg
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Grüne Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten

- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Erfolg ist grün

Heinz Widmer, Präsident Grüne Risch-Rotkreuz

Das Parlament für die nächste Legislatur ist nun also gewählt. Nachdem der Fukushima-Effekt uns vor vier Jahren viel Schwung verlieh, wurden die grünen Themen bei diesen Wahlen aus den Schlagzeilen verdrängt. Eine weiterführende Wahlanalyse befindet sich auf Seite 4. Aber trotz des Wahlausgangs sind und bleiben die grünen Ideen auf dem Vormarsch.

Vor ca. 150 Jahren wurde von wenigen Visionären das für die Schweiz bahnbrechende Konzept der Kanalisation propagiert. Obwohl sich die Ärzte einig waren, dass es die «Kloakenreform» braucht und die Abwässer unterirdisch abgeleitet werden müssen, dauerte es lange, bis sich die progressiven Kräfte gegen die Bremser durchsetzten. Zum Glück – kann man da rückblickend nur anmerken.

Vor nicht einmal 100 Jahren wurde der Wunsch nach einer Alters- und Hinterbliebenenversicherung noch mit militärischer Gewalt niedergezungen. Nicht einmal 30 Jahre später wurde dann die AHV in die Verfassung aufgenommen und heute möchte niemand mehr darauf verzichten. Das Frauenstimmrecht brauchte dann nochmals gut 20 Jahre länger.

Noch vor 10 Jahren war das Bankgeheimnis unantastbar. Nur einige unverbesserliche Visionäre trauten sich, das Bankgeheimnis in Frage zu stellen. Gedankt wurde es Ihnen mit Spott und Anfeindungen. Inzwischen wurde das Steuerhinterziehungsgeheimnis abgeschafft.

Das Kernthema der Grünen ist ja traditionell die Atomenergie. Obwohl sich die Erkenntnis, dass AKWs eine unzulässige Gefährdung der Bevölkerung darstellen, in fast allen Parteien ausgebreitet hat, ist es an uns, hart gegen die verbliebenen Befürworter zu kämp-



fen. Ein AKW-Neubau muss unter allen Umständen verhindert werden!

Wir erkennen die zukunftsgerichteten Schritte, die ein lebenswerteres Umfeld schaffen sollen, und kämpfen für deren Umsetzung. Die Notwendigkeit der ökologischen Steuerreform ist unter Fachleuten unbestritten. Lediglich die Profiteure der heutigen Situation wehren sich gegen eine faire Verteilung der Kosten. Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein grösserer Schritt. Es ist mindestens so revolutionär wie es die AHV vor 100 Jahren war. Und genau wie bei der AHV stellt sich nicht die Frage, ob es kommen wird, sondern nur die Frage, wann es kommen wird.

Die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Politik werden sich in den nächsten Jahren mit zunehmender Geschwindigkeit wandeln. Statt immer mehr vom Gleichen zu erzeugen, müssen wir den Fokus auf qualitative Verbesserungen lenken. Beispielsweise ist mehr

Verkehr ohne zusätzlichen Nutzen kontraproduktiv. Insbesondere gilt dies für die zweite Gotthard-Röhre. Es ist eine Schande, mit welchen Argumenten die Befürworter operieren. Eine einfache Sanierung des Gotthard-Strassentunnels ist günstig und unter kaum wahrnehmbaren Einschränkungen durchzuführen. Stattdessen wird die Sanierung zum Anlass genommen, den Tunnel verfassungswidrig vierspurig auszubauen. Natürlich wird nach dem Bau der zweiten Röhre der alpenquerende internationale Güterverkehr auch vierspurig durch den Gotthard geführt werden. Lesen sie zu diesem Thema mehr auf Seite 14. Wir müssen kämpfen und dranbleiben, dann können wir sicher sein, dass unsere Enkel die Früchte dieser Arbeit ernten können. Je härter wir kämpfen, desto früher werden unsere Ideen umgesetzt, und desto mehr haben alle davon. Wir haben viel bewirkt, und wir werden noch viel mehr bewirken. ■

Historische Niederlage

Philippe Koch, Politikwissenschaftler, Zürich
Martin Stuber, Alt Kantonsrat ALG, Zug

4 Der Verlust an WählerInnenanteilen (53,2 Prozent), aber auch Parteistimmen (53,5 Prozent) für die Alternativen – die Grünen ist dramatisch. Der WählerInnenanteil sinkt unter das Niveau von 1995 und die Anzahl der Parteistimmen liegt nur unbedeutend über dem Wert von 1995 (Siehe Tabelle 1, Seite 5). Im gleichen Zeitraum hat die Anzahl der Stimmberechtigten um mehr als 25 Prozent zugenommen. Dieser Einbruch ist tatsächlich historisch und bedarf einer sorgfältigen Analyse.

Die Frage ist natürlich: Gingen die alternativen und grünen WählerInnen nicht an die Urne oder haben sie eine andere Partei gewählt? Verlässlich könnte diese Frage nur mit Daten einer Nachwahlbefragung beantwortet werden. Doch diese gibt es nicht. Aus der Entwicklung der addierten WählerInnenanteile der ALG und der SP lassen sich doch einige Rückschlüsse ziehen (Siehe Tabelle 2, Seite 5). Der addierte WählerInnenanteil der Grünen und der Sozialdemokraten hat sich zwischen 2011 und 2015 kaum verändert. Der Rückgang fand in den Jahren 2007 und 2011 statt, als die SP, nicht nur in Zug, markant Wählende verloren hat. Aufgrund dieser Zahlen ist die Vermutung plausibel, dass sich viele WählerInnen, die 2011 und 2007 noch die ALG-Liste in die Urne geworfen haben, in diesem Jahr für die SP-Liste bzw. für SP-KandidatInnen entschieden haben.

Mögliche Gründe

Drei Gründe wurden in der Öffentlichkeit ins Feld geführt, um den dramatischen Verlust an Stimmen und WählerInnenanteilen zu erklären:

1. Die Grünen haben in der ganzen Schweiz verloren, so auch in Zug. Die Niederlage fügt sich in dieses Bild.
2. Den Grünen in Zug fehlten Persönlichkeiten, um die eignen WählerInnen zu mobilisieren und auch Stimmen aus den anderen Parteilagern zu ergattern.
3. Die Ereignisse an der Landammannfeier und die anschliessende (Nicht-)Aufarbeitung dieser

Ereignisse durch die beteiligten Personen und Parteien haben eine grosse Rolle gespielt.

Sollten die ersten beiden Erklärungen zutreffen, so dürfte das Zuger Ergebnis nicht allzu stark von den Ergebnissen der Grünen Parteien in (Deutschschweizer) Kantonen abweichen, in denen die Grünen keinen Nationalratssitz zu verteidigen hatten: Basel-Stadt, Solothurn, Thurgau. In der Tabelle 3 (Seite 5) sind die WählerInnenanteile der Grünen Parteien in Zug, Thurgau, Solothurn, Basel-Stadt und der Schweiz abgetragen. Der WählerInnenanteil im Jahre 1995 entspricht dem Wert 100, damit man die Entwicklung zwischen den Kantonen miteinander vergleichen kann.

Nationaler Trend

Wir sehen, dass die Grünen Parteien in allen Kantonen bis 2007 kontinuierlich zugelegt haben. Es gibt zwar kleine Niveauunterschiede, aber die Entwicklung in Zug verläuft in etwa parallel zu den anderen Kantonen. Und auch in diesem Jahr haben tatsächlich alle Grünen Parteien in den abgebildeten Kantonen verloren. Doch der Verlust ist im Vergleich zu Zug gering: zwischen 15 Prozent (BS) und 25 Prozent (SO). In Zug hingegen ist man von einem hohen Niveau – 2011 hatte man einen 50 Prozent höheren WählerInnenanteil als 1995 – auf ein sehr tiefes Niveau gefallen und hat nur noch 70 Prozent des Anteils von 1995 erreicht. Der Verlust in Zug lässt sich also nicht mit dem schweizweiten Abwärtstrend der

Grünen erklären, dafür ist er viel zu gross. Zur Erinnerung: Wir vergleichen nur Kantone, in denen ebenfalls keine Bisherigen als Wahllokomotive eingespannt werden konnten.

Und wenn man die Gesamtstimmen der Linken (etwas höher als 2011) und das kantonale Wahlergebnis von 2014 nimmt, dann dürfte der Anteil des nationalen Trends am Stimmenrückgang der ALG eher gering sein.

Lag es an den Kandidierenden?

Unser Spitzenkandidat Andi Lustenberger hatte ein sehr gutes Medien-echo und neben ihm kandidierten einige bekannte und bewährte Politgrößen. Tatsächlich machte er im Vergleich zum erklärten Spitzenkandidaten der SP, Hubert Schuler, ein sehr gutes Resultat! Dass Astrid Estermann gegenüber 2007, wo sie neben dem bisherigen Jo Lang kandidierte, mehr als die Hälfte der Stimmen eingebüsst hat, ist ohne einen speziellen Grund, der nichts mit ihr zu tun hat, nicht erklärbar. Dito das Resultat von Kantonsrätin Hanni Schriber.

Natürlich fällt die Absenz von Jo Lang ins Gewicht. 2011 generierte er alleine mit seinem Resultat 8549 Parteistimmen. Aber Susanne Giger (3963) und Andy Hürlimann (3365) machten eben beide auch mehr Stimmen als unser diesjähriger Spitzenkandidat Andi Lustenberger (3240). 2007 war der Jo-Effekt noch etwas grösser (8969) und 2003, als Jo neu Nationalrat wurde, profitierten wir neben den 6220 Stimmen von Jo vom guten Resultat von Manuela Weichelt (4743).

Zählt man also 2015 grosszügige 3000 Parteistimmen als Jo-Effekt vom Resultat 2011 ab, müssten wir immer noch rund 14500 Parteistimmen gemacht haben.

Die Konsequenzen der Landammannfeier ...

Welche anderen Gründe gibt es, dass wir weitere 5000 und 6000 Parteistimmen wohl zum grössten Teil an die SP

verloren haben? Die Niederlage kann ohne Berücksichtigung der intensiven medialen Berichterstattung rund um die Ereignisse nach der Landammannfeier nicht erklärt werden. Die Affäre hat viele Ressourcen der Partei gebunden, die Listenzusammenstellung erschwert und die Glaubwürdigkeit der Partei in Zweifel gezogen.

Folgendes ist besonders zu berücksichtigen: Für das Publikum war und ist bis heute unklar, inwiefern Spiess-Hegglin als politische Person (und damit als Vertreterin der Partei) oder als Privatperson in den Medien spricht. Zudem hat sich die Partei nie öffentlich von Spiess-Hegglin und ihren Aussagen in diesem Zusammenhang distanziert. Als Öffentlichkeit musste man also davon ausgehen, dass die Partei hinter Spiess-Hegglin und ihren Aussagen steht.

Komplementär dazu steht das Verhalten der SP: Diese hat zu Jahresbeginn offensichtlich sauber analysiert und hat das Maximum herausgeholt, indem sie ein breites Angebot für diejenigen, welche dieses Mal nicht Alternativ-Grün wählen wollten, bereitstellte. Dazu drei Hinweise:

- Das Studium der persönlichen Resultate zeigt, dass uns das

Frauenelektorat buchstäblich weggebrochen ist resp. eben zum grossen Teil zur SP gewandert ist. Es ist ja eine Binsenwahrheit, die sich in allen Wahlanalysen der letzten 25 Jahre immer wieder zeigte: Das Elektorat der ALG sind zur Mehrheit Frauen. Alleine schon das Resultat der vier Frauen auf unseren beiden Hauptlisten zeigt, dass wir bei den WählerInnen massiv verloren haben.

- SP-Kandidat Zari Dzaferi als Kandidat auf einer Hilfsliste hat den auf der Hauptliste kandidierenden und eine aufwendige persönliche Kampagne ohne SP-Logo führenden Rupan Sivaganesan deutlich geschlagen. Es ist offensichtlich – Dzaferi hat von seiner Publicity rund um den offenen Brief im Kantonsrat mit der Forderung nach dem Rücktritt der beiden Sexaffären-Kantonsrä-

Tabelle 3: Entwicklung der WählerInnenanteile der Grünen 1995–2015 (1995=100)

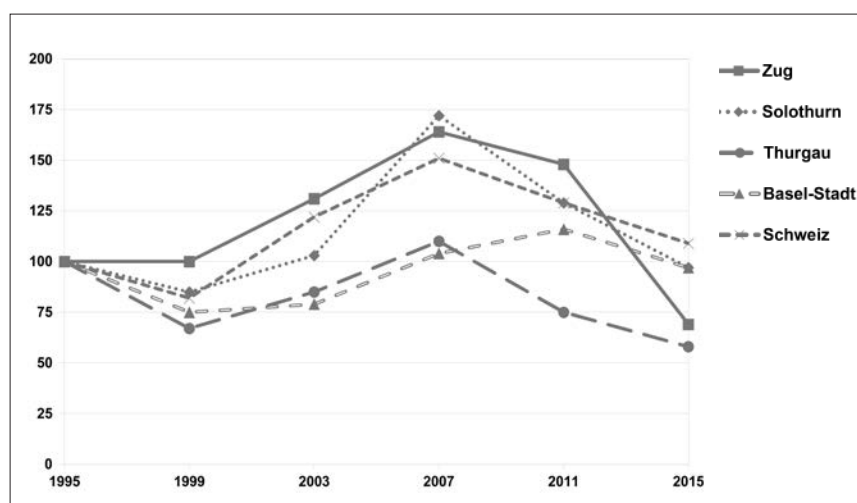


Tabelle 1: NR-Ergebnisse der Alternativen – die Grünen Zug (1995–2015)

	2015	2011	2007	2003	1999*	1995
Stimmberechtigte	76251	71845	70478	67318	64457	60447
Wählende	40464	39608	37864	35418	34487	26850
Wahlbeteiligung (in Prozent)	53,1	55,1	53,7	52,6	53,5	44,4
Parteistimmen	8352	17972	18285	14095	k.A.	8277
Anteil (in Prozent)	7,2	15,4	17,0	13,6	k.A.	10,4

* 1999 hatten SP und ALG eine gemeinsame Liste

Tabelle 2: NR-Ergebnisse der Linken (1995–2015)

	2015	2011	2007	2003	1999	1995
ALG + SP						
Parteistimmen	24400	25007	28048	28024	23604	21800
Anteil (in Prozent)	21,0	21,4	26,1	27,0	23,3	27,4

6

Innen profitiert. Eine Aktion, die ihm u. a. einen prominenten Auftritt im Blick bescherte. Dzaferi alleine hat mehr Parteistimmen generiert als die beiden ALG-Hilfslisten zusammen!

- Es fällt auch auf, dass Dzaferi sehr viele Stimmen auf den Wahllisten ohne Parteibezeichnung (WoP) gemacht hat, wie überhaupt die SP bei diesen Wahlen auf den WoP viele Stimmen generierte. Eine ganze Reihe von abtrünnigen ehemaligen ALG-WählerInnen wollten zwar nicht mehr unsere Liste nehmen, aber auch nicht diejenige der SP. Exakt zu dieser Aussage passt die hohe Stimmenzahl von ALG-Spitzenkandidat Andi Lustenberger auf den WoP (510).

Was sich aus den Resultaten aber auch ableiten lässt: Hätte die SP vor vier Jahren nur einen kleinen Teil des 2015er-Efforts zur Verteidigung des linken Nationalratsstitzes aufgebracht, wäre er nicht verloren gegangen. Eine wichtige Erkenntnis für die Zukunft: Das System mit den Hilfslisten funktionierte dieses Mal bei der SP, weil so für abtrünnige ALG-Wählerinnen und -wähler eine breite Auswahl präsentiert wurde.

Fazit

Das Ergebnis der Grünen in Zug bei den diesjährigen Nationalratswahlen ist – als Gesamtpartei – desolat. Die Situation ist ernst und besorgniserregend. Die Affäre um Spiess-Hegglin/Hürlimann hat wesentlich zu diesem Resultat beigetragen. Um die Partei nicht weiter zu schwächen, sollte die ALG die Zusammenarbeit mit Spiess-Hegglin und das Rollenverständnis von Spiess-Hegglin in den Medien klären. Andernfalls werden alle weiteren Äusserungen zu diesem Fall immer auch mit der Partei in Verbindung gebracht werden. Die Kantonsratsfraktion hat den ersten Schritt dazu gemacht. ■

An die Wand gefahren

Stefan Gisler, Fraktionspräsident Alternative – die Grünen Kanton Zug

Rote Zahlen über Jahre hinweg. Sparpakete für die Bevölkerung – besonders für Familien und Mittelstand. Zudem droht die fehlgeleitete Steuer-senkungsideologie zu Gunsten weniger, Zugs Standortqualitäten zu ver-senken. Gute Dienstleistungen werden verteuert und verlangsamt. Völlig unverantwortlich ist, wie Regierung und bürgerlicher Kantonsrat die Zuger Bildungsinstitute attackieren – vom GIBZ bis zur Kanti. Im zweiten Teil des Artikels kommen die Fraktionsmitglieder Andreas Hürlimann und Esther Haas mit ihren Ratsvoten zum Zug.



Das Sparschwein und seine Völlerei ...

276,3 Millionen soll das operative Defizit des Kantons Zug gemäss Budget 2016 betragen. Darin enthalten sind schon rund 40 Millionen Einsparungen. Trotzdem weigerte sich der Kantonsrat, auch für mehr Einnahmen zu sorgen. Der ALG-Antrag auf eine moderate Steuererhöhung von 82 auf 85 Prozent oder plus 21 Millionen hatte keine Chance. Dafür packten die Bürgerlichen den Rasenmäher aus – minus 5 Millionen pauschal, «Dort wo die Regierung will, die weiss es besser, wir haben da keinen Überblick.» Ein Armutszeugnis!

Volk spart, Kantonsrat prasselt

Die ALG war konstruktiv – trug ei-

nige Sparmassnahmen mit, so im Hochbau, bei der Staatskanzlei oder beim Strassenunterhalt. Erfolglos blieb unser Antrag, dass der Kantonsrat bei sich selber 50000 Franken einspart und z. B. auf bezahlte Ausflüge und Essen verzichtet. Doch die Ratsmehrheit will nur bei Verwaltung und Bevölkerung sparen – nicht bei sich. So viel zur «Opfersymmetrie»! Die ALG wehrte sich mit zahlreichen Anträgen gegen übertriebenes Sparen, Vroni Straub gegen Kürzungen bei der Prämienverbilligung, Andi Lustenberger gegen Abbau beim ÖV, Esther Haas und Anastas Odermatt gegen Bildungsabbau. Am Ende drohte das Budget mittels

unheiliger Allianz von ganz links und ganz rechts zu scheitern. Stefan Gisler trieb vielen Bürgerlichen der «alten Mitte» sowie dem scheidenden Finanzdirektor und vor allem dem Landammann den Schweiss auf die Stirn. Vor der Schlussabstimmung stellte Gisler dann einen Rückkommensantrag auf die Steuererhöhung. Gisler bot einen Deal an: «Geben sie uns eine Steuererhöhung von 2 statt wie zu Beginn gefordert 3 Prozent und die ALG stimmt dem Budget trotz Pauschalkürzungen zu.» Panik, Rechnen, Bürgerliche überlegten am Rednerpult, den Tabubruch (aus ihrer Sicht) einer erstmaligen Steuererhöhung zu wagen!

Bettelnder Landammann

Landammann Tännler hielt eine eigentliche Bettel- und Angstrede und versprach seiner SVP und anderen Sparfanatikern weiteres Sparen nach dem Sparen mit «Finanzen 2019». Am Schluss gabs keine Steuererhöhung und das Budget kam knapp durch – mit 28 Nein-Stimmen. Auf die Linke ging Tännler nicht ein. Aber er muss seinen «staatsmännischen Horizont» dringend erweitern. Ohne Öffnung hin zur Steuer- und Finanzvernunft der ALG wird es eine Frontalkollision des Budgets 2017 oder 2018 geben.

Andreas Hürlimann ...

Das Stawiko-Mitglied der ALG brillierte bei seinem Eintretensvotum mit Sachkompetenz – hier einige Ausschnitte: Die «Neue Zuger Zeitung» vom 4. April 2014 zitierte den Finanzdirektor: «Bis 2030 gibts keine Steuererhöhungen.» Und noch bis Sommer 2014 behauptete die Regierung, dass die Auswirkungen der Steuersenkungen von Bund und Zug minimal sein würden. Keine Strategieänderung, keine Steuererhöhungen nötig – auch wenn die Zahlen bis 2018 rot bleiben, hiess es. Auch die Leistungen des Kantons müssten nicht überprüft werden. Hegglin be-

schrieb die Finanzen als «solide». Deshalb wollte Peter Hegglin an der Steuerpolitik des Kantons nichts ändern.

Sparen und Reformitis

Nur Wochen später sah alles anders aus, und man verkündete in den Sommerferien 2014 ein Sparpaket. Die Regierung überfordert sich, Verwaltung und Bevölkerung – nach dem Motto «Augen zu und durch!» – mit der Koordination des 111-Millionen-Entlastungspakets, mit der neuen Finanzstrategie «Finanzen 2019» (Steuererhöhungen möglich!), mit der allgemeinen Strategieüberarbeitung, mit dem Projekt Regierungs- und Verwaltungsreform 2019, mit der hochkomplexen neuen Finanz- und Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie einer stotternden neuen IT-Strategie ... Bleiben Tempo und Anzahl Reformen konstant hoch, ist das unseriös!

Einnahmen dramatisch eingebrochen

Auf Seite 6 im Budgetbuch schreibt die Regierung von «unerwartet hohen Aufwandsteigerungen». Wer mit offenen Augen durch die Welt, unsere Schweiz oder den Kanton Zug geht, weiss, dass der Wachstumskanton Mehrausgaben generiert! Und studiert man die Fiskalerträge im Budgetbuch, dann sieht man: Zug erntet jetzt die bitteren Früchte der übertriebenen bürgerlichen Steuersenkungspolitik der letzten Jahre. 96 Millionen tiefere Steuererträge im Planjahr 2018, als noch vor einem Jahr prognostiziert! Das ist happig! Was hat Hegglin im April 2014 nur zu solchen Fehleinschätzungen verleitet? Hätte der Rat nur einen Hauch auf die warnenden Stimmen der ALG gehört, dann müssten nicht Leistungen für eine Mehrheit der Bevölkerung abgebaut werden, nur um die Steuerprivilegien für einige Wenige zu erhalten. Seit 2007 kosten uns nationale und kantonale Steuersenkungen Gemein-

den und Kanton gegen 300 Millionen jährlich. Und die nächste Grossbaustelle bei den Steuern steht erst noch bevor! Es läuten die Alarmglocken anlässlich der Unternehmenssteuerreform 3 (UST3), wenn ich sehe, wie falsch und dilettantisch man bei der UST2 gerechnet hat und die Bevölkerung nun Abermillionen mehr an Steuerverlusten verkraften muss.

Verlust von Wirtschaftsattraktivität

Die Regierung will bis ins Jahr 2018 mit den auf das kommende Jahr bereits geschrumpften Personalressourcen auskommen. Anstellungsbedingungen werden leiden, und gute Leute sich anderweitig orientieren. Zudem, und das ist nun halt ganz «dumm» gelaufen für unseren Kanton Zug, sind wir halt nach wie vor ein Wachstumskanton – von den Bürgerlichen so gewollt! Jedes Jahr fallen mehr Aufgaben an, wollen mehr Anfragen beantwortet oder mehr Pendler transportiert oder mehr Kinder unterrichtet werden. Und es fallen auch höhere Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich an. Am stärksten steigen die Kosten im «privatisierten» Gesundheitsbereich – dort wo Politik nicht mehr mitentscheiden will und das Volk nicht mehr darf. Wenn dann mit «Finanzen 2019» die öffentlichen Leistungen nochmals massiv beschnitten werden sollten, dann bleibt in Zug neben den immer noch tiefen Steuern nicht einmal mehr ein mittelmässiges Angebot für die grosse Mehrheit der Zuger Bevölkerung. Und auch die Firmen fänden Zug nicht mehr attraktiv. Und hier bin ich sicher, dass spätestens dann das Volk ein Machtwort sprechen wird, gegen den bereits heute im Bericht der Regierung prognostizierten Leistungsabbau.

Steuererhöhung eine Notwendigkeit

Beim aktuellen Budget schreibt die Regierung ein erstes Mal – «was für ein Tabubruch» sagen die einen,

«endlich» sagen wir Alternativen – die Grünen – dass Steuererhöhungen wohl unumgänglich seien. Wir sind dezidiert der Meinung, man müsste bereits jetzt diesen wichtigen Schritt zur Stabilisierung der Zuger Finanzen unternehmen und beantragen eine Erhöhung des Steuerfusses von 82 auf 85 Prozent. Die so gewonnenen 21 Millionen helfen, eine gesündere Staatskasse zu erhalten und ermöglichen überlegteres Sparen. Qualität und gute Leistungen sind uns wichtig, vor allem in einem Wachstumskanton wie Zug einer ist. Zudem können wir uns Steuererhöhungen locker leisten. Einen Massen-Exodus von betroffenen Steuerzahlern wird es kaum geben, zumal Zug auch nach einer Steuererhöhung noch immer sehr gut dasteht im schweizerischen, aber auch im internationalen Vergleich.

Esther Haas ...

Die Stawiko-Präsidentin beklagte sich in ihrer Rede, dass es ein grosses Medienecho gab, weil die Stawiko über die Schliessung von vier Schulen nachdachte. Nun: Wer Wind sät, erntet Sturm. Oder erwarten sie allen Ernstes, dass Ihnen die Öffentlichkeit zjubelt, wenn die Stawiko wichtige Bildungsreinrichtungen in Frage stellt? Die Zuger Absolventen der jeweiligen Schulen einfach den umliegenden Kantonen abzuschieben, dünkt mich schon etwas billig. Und alles, weil man partout die Steuern nicht erhöhen will. Was senden wir Zuger damit für Signale aus? Immer wieder wird kolportiert, dass bei einer Steuererhöhung wichtige Steuerzahler den Kanton Zug verlassen würden – die Schulen, die will man aber ziehen lassen, respektive schliessen – ein Affront gegenüber dem Bildungskanton Zug.

Chaotische Schulhausplanung

Bei der Richtplananpassung Mittelschulstandorte hätte die FMS, eine der in Frage gestellten Schulen, auf



... bis zum Umfallen.

eine solide Basis gestellt werden können, indem man die WMS unter das Dach der FMS überführt hätte. Der Kantonsrat lehnte ab. Mit ein paar Anstrengungen hätte auf das Schulraumprovisorium der Kantonsschule verzichtet werden können: WMS weg, neue Schulmodelle, GIBZ-Trakt 5 früher bauen und als zeitweiligen Puffer nutzen. Und das Schulhaus an der Zugerbergstrasse 22, die ehemalige Pflegefachschule, wurde extern weitervermietet, statt sie selber zu nutzen. Dafür bewilligte der Rat hier den unnötigen und teuren Zusatzstock beim GIBZ (nur die ALG war dagegen). Koordination und Sparen sieht anders aus.

Anders sieht das die ALG bei der Dreifachturnhalle der Kantonsschule: Dieses Projekt deckt den Grundbedarf von Vereinen und der Schule ab. Beim Stadttunnel allerdings sahen wir den Bedarf nicht, im Gegensatz zu vielen Mitgliedern der FDP-Fraktion, die jetzt die Dreifachhalle attackieren.

Neben der Schliessung von Bildungseinrichtungen wird die Bildung ge-

nerell zur beliebten Zielscheibe der Sparanstrengungen: Reduktion der Studentafel im Untergymnasium, Streichung der Altersentlastung, Neuregelung der Stellvertretungen, Vergrösserung der Klassen ... Das Klischee von der Schule und deren Angestellten als überbezahlte Ferienkünstler wird den Betroffenen einmal mehr deutlich um die Ohren geschlagen. Ich bitte Sie, gehen Sie in die Schulen und überlegen Sie sich, welche längerfristigen Auswirkungen Einsparungen und Schulschliessungen haben. Ich bin beunruhigt über den saloppen Umgang der Mehrheit der Zuger Politik mit unseren Bildungseinrichtungen. Zuweilen graut mir sogar. ■

Heimisch – auch beim Holz

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen Kanton Zug

Mit zwei neuen Bestimmungen im Waldgesetz soll die Förderung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger durch den Kanton gesetzlich verankert werden. Damit setzt die Regierung eine vom Kantonsrat erheblich erklärte Motion betreffend Holzförderung um.

Holz ist im Kanton Zug der wichtigste nachwachsende Rohstoff. Auf der totalen Waldfläche im Kanton Zug im Umfang von 6370 Hektaren wachsen jährlich 68000 Kubikmeter Holz. Von diesem lassen sich rund 60 Prozent als Nutzholz verwenden, was primär dem Holzbau dient. Rund 40 Prozent werden aufgrund ihrer minderen Qualität zu Brenn- oder Industrieholz verarbeitet. Mit dem Nutzholz liessen sich täglich zwei Einfamilienhäuser im Kanton Zug bauen, welche mit dem Brennholz jeweils während vier Jahren beheizt werden könnten. Dieses grosse Potenzial wird heute aufgrund der billigen Konkurrenz aus dem Ausland sowie der generell noch zu geringen Nutzung von Holz als Baustoff nicht ausgeschöpft. So ist etwa der Holzbau gegenüber der Massivbauweise heute stark untervertreten; und zwar nicht nur bei privaten, sondern auch bei kommunalen und kantonalen Bauten.

Beitrag zum Klimaschutz

Weil Holznutzung bisher oft nicht rentabel war, zahlte der Kanton zu Gunsten der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer in einem grossen Umfang Beiträge an die Defizite der Holzernte in Wäldern von besonderem öffentlichem Interesse. Diese betrugen in den letzten Jahren durchschnittlich 979000 Franken. Mit der Förderung von einheimischem Holz dürfte der Holzpreis voraussichtlich steigen, was zu grösseren Erträgen aus der Holzernte und damit zu geringeren Defizitzahlungen durch den Kanton führt; eine Entwicklung, die insbesondere aus volkswirtschaftlichen Überlegungen und vor dem Hintergrund der aktuellen Sparmassnahmen zu begrüssen ist. Die Förderung von einheimischem Holz bringt

aber noch andere Vorteile, die mir als Regierungsrätin der Alternative – die Grünen am Herzen liegen. Insbesondere leistet die vermehrte Verwendung von einheimischem Holz einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit. Im Gegensatz zu fossilen Energieträgern ist das Verbrennen von Energieholz bekannt-



lich CO₂-neutral. Die Förderung von einheimischem Holz stellt überdies sicher, dass der Zuger Wald weiterhin gepflegt wird und so seine zahlreichen Funktionen u. a. als Schutz vor Naturgefahren wie Rutschungen, Steinschlag und Überschwemmungen wahrnehmen kann. Langfristig bleibt der Zuger Wald also nur im Gleichgewicht und leistungsfähig, wenn der Holzzuwachs abgeschöpft wird.

Holznutzung fördern

Mit der kleinen Teilrevision des EG Waldgesetzes soll der Kanton die Verwendung von einheimischem Holz als Bau- und Werkstoff sowie als Energieträger bei all seinen Tätig-

keiten fördern. Bei der Projektierung von kantonalen und kommunalen sowie vom Kanton oder den Gemeinden mehrheitlich subventionierten Bauten soll die Holzbauweise und die Nutzung der Holzenergie in die Evaluation einbezogen werden. Dabei sind auch ökologische Kriterien zu gewichten.

Die Ergänzung des Waldgesetzes steht im Einklang mit der Wald- und Ressourcenpolitik des Bundes und dem Energieleitbild des Kantons. Die Förderung von einheimischem Holz wurde auf Bundesebene in zahl-

reichen Vorstössen verlangt und die Thematik scheint – wie den Vorlagen zu den bereits erledigten Vorstössen zu entnehmen ist – ein vordringliches Ziel des Bundes zu sein. Auch am Internationalen Tag des Waldes im Jahr 2014 kam zum Ausdruck, dass die Förderung des einheimischen Holzes als klimaneutraler Rohstoff ein breit abgestütztes Anliegen ist. Die Umsetzung der Motion führt zu einer grösseren Auswahl an möglichen Projekten, weil neu Holzprojekte immer auch Teil des Evaluationsverfahrens sein müssen. Bevorzugt behandelt werden diese beim Vergabeverfahren jedoch nicht. Den Zuschlag erhält wie bis anhin das beste Projekt. ■

Einstieg geglückt!

Hansjörg Glauser

10

Andreas Hürlimann wurde letztes Jahr in den Gemeinderat Steinhausen gewählt. Seine politische Erfahrung reicht weit zurück, so nahm er an der Jugendsession teil und leitet diese als Präsident. Er arbeitete im Vorstand der damaligen Frischen Brise, Steinhausen und wurde 2007 in den Kantonsrat gewählt. Sein Engagement ist gross, er arbeitet in mehreren Kommissionen mit oder präsidiert diese. Letzten Herbst gewann er in Steinhausen den Gemeinderatssitz der SP für die Grünen zurück. Das BULLETIN interviewt ihn nach fast einem Jahr Amtszeit.

BULLETIN: Wie war der Einstieg in die gemeindliche Exekutive?

ANDREAS HÜRLIMANN: Mein Einstieg in das interessante Amt des Gemeinderats und Bauchefs von Steinhausen war von Beginn weg begleitet von unterschiedlichsten Geschäften und Anliegen. Im Themenbereich «Bau und Umwelt» siedeln sich viele spannende, aber auch komplexe Inhalte an. So beschäftige mich neben den gemeindeeigenen Baustellen auch die vielen Baugesuche, die Arbeiten des Unterhaltes beim Werkhof, die Entsorgung und der Ökihof oder auch das im aktuellen Jahr viel diskutierte Leistungsspektrum beim öffentlichen Verkehr. Gleich in den ersten Wochen habe ich mich an schwierige Projekte und Verhandlungen gewagt. Das war eine besondere Herausforderung, hat aber auch dazu beigetragen, dass ich mich relativ rasch und tief in die Themen einarbeiten konnte. Viele dieser komplexeren Geschäfte konnten wir im Verlaufe des Jahres nun erfolgreich in die nächste Phase übergeben. Das ist schön zu sehen und bestärkt mich in meinem Tun. Dies hat sicher auch mit der Art und Weise zu tun, wie ich versuche, auf Leute zuzugehen. Tragfähige Lösungen müssen am Schluss für alle als gut empfunden werden.

BULLETIN: An welche Gemeinderatssitzung erinnerst du dich besonders gut – und warum?

ANDREAS HÜRLIMANN: An die Sitzung vom 2. November. Nicht, weil dort an der Sitzung selbst et-

was Besonderes geschehen wäre, sondern weil später am Abend mein Sohn zur Welt kam. Er bringt mich auch nach schwierigen Sitzungen wieder relativ rasch auf ganz andere Gedanken. Es ist wahrlich ein Wunder des Lebens.

BULLETIN: Welches ist das Highlight in deiner politischen Tätigkeit als Gemeinderat?

ANDREAS HÜRLIMANN: Das Highlight ist: Meine Arbeit als Gemeinderat macht mir Spass! Wie ich bereits ausgeführt habe, beschäftigen mich die unterschiedlichsten Fragestellungen und Themen. Es ist kein Tag wie der andere. Das macht die Tätigkeit überaus reizvoll und motiviert täglich neu.

BULLETIN: Aktuell ist es eher schwierig aus links-grüner Minderheitsposition heraus eigenen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen. Welches sind deine Erfolgserlebnisse, was hast du erreicht?

ANDREAS HÜRLIMANN: Ich weiss schon aus meinen neun Jahren als Kantonsrat, dass unsere Positionen nicht sofort und immer Mehrheitspositionen sind. So kann ich bereits gut damit umgehen. Allerdings sind viele Themen heute mehrheitsfähig, welche es vor neun Jahren noch nicht waren. Das ist schön zu sehen und wird auch im Gemeinderat nicht anders sein. Allerdings spielt aktuell der Spardruck der öffentlichen Hand nicht unbedingt eine zukunftsweisende Rolle. So wird es wohl noch schwieriger, ökologische und

nachhaltige Vorhaben an die Frau und den Mann zu bringen. Zudem sind Themen in der Raumplanung oder bei Infrastrukturinvestitionen sowieso immer langfristig zu betrachten. Dies bedingt oft auch einen längeren (politischen) Prozess und den Einbezug von unterschiedlichsten Interessengruppen. Als Exekutiv-Politiker wirke ich hier ausgleichend und agiere auch als Vermittler. Es ist nach nicht einmal einem Jahr schwierig zu sagen, was ich bereits als Erfolge verbuchen kann. Dennoch habe ich sicherlich viele Prozesse und Themen angestossen, auf welchen wir nun in den nächsten Jahren aufbauen können. Ich denke hier an eine bessere Koordination und Zusammenarbeit im Bereich des öffentlichen Verkehrs, bei den Schnittstellen zu anderen Gemeinden oder aber an ganz konkrete Steinhauser Projekte, welche ich durch geschicktes Verhandeln und Gespräche einen schönen Schritt weitergebracht habe.

BULLETIN: Wie gehst du damit um, dass du menschlich geschätzt wirst, politisch aber meistens zu den «Verlierern» gehörst?

ANDREAS HÜRLIMANN: Ich lasse mich auch aufgrund meiner langjährigen politischen Erfahrung nicht so schnell aus der Ruhe bringen. Es gehört dazu, dass man um politische Entscheide ringen muss. Manchmal gehört man zu den Gewinnern, manchmal eben zu den Verlierern. Zudem ist die Arbeit in der Exekutive stärker von Sachgeschäften getrieben als von «religiösen Grundsatzfragen der Politik», wie dies im Parlament eher der Fall ist. Der Umgang in der Sachpolitik sollte einfach nicht zu stark auf die menschliche Ebene abfärben und dort das Beziehungsklima vergiften. So ist es doch eine hohe Qualität in unserem politischen System, dass man nach gewonnener oder verllorener Debatte nach wie vor gemeinsam Mittagessen oder auf ein Bier gehen kann. Jedoch bedrückt es mich zu sehen, dass die



Mitgestalten auf gemeindlicher Ebene macht Freude und verlangt den Blick über den eigenen Tellerrand hinaus!

Anfeindungen in der politischen Debatte teilweise so weit gehen, dass dies heute teilweise nicht mehr möglich zu sein scheint. Oder man bekämpft ein Projekt, nur weil es von einem politischen Gegner kommt, inhaltlich aber gar keine grossen Differenzen bestehen.

BULLETIN: Dein Dikasterium «Bau und Umwelt» umfasst die Themen: Baugesuche, Energiestadt Steinhausen, Entsorgung und Abfall, Liegenschaften, öffentlicher Verkehr, Orts- und Raumplanung, Parkplätze, Strassen und Tiefbau, Umwelt und Energie. Wo werden aktuell die interessantesten Projekte bearbeitet?

ANDREAS HÜRLIMANN: Ganz schwierige Frage. Es sind wie gesagt viele Themen und Baustellen, welche mich als Steinhauser Bauchef aktuell beschäftigen und überaus interessant sind. Neben

der Grossbaustelle «Dreiklang» im Dorfzentrum stehen weitere grosse Projekte wie die Erweiterung der Sportanlagen (Fussball, Tennis und Beachvolleyball), der Umbau und die Erweiterung des Rathauses sowie die neue Regenabwasserleitung Hinterhöfe bis Dorfbach ganz oben auf der Traktandenliste. Aber auch kleinere Projekte sind auf Kurs: So konnte ich am 13. November den neuen Spielplatz im Dorfzentrum an der Zugerstrasse einweihen. Ein gelungenes Werk, welches dem Zentrum von Steinhausen guttut. Es gibt aber fast aus jedem Bereich ein überaus interessantes Projekt oder Thema, was ich hier aufzählen könnte. So sind auch Fragen im Bereich der Raumentwicklung/Raumplanung oder bei der zukünftigen Infrastrukturplanung überaus spannend. Klar ist: Oft geht es um längerfristige Entwicklungen, wel-

che eine Vielzahl von Betroffenen anspricht. Die verschiedensten Interessen unter einen Hut zu bringen, ist daher verständlicherweise nicht immer einfach. Das zeigt sich auch bei der Bearbeitung von aktuellen Baugesuchen oder grösseren Arealbebauungen. Zudem gibt es fast kein Baugesuch mehr, welches nicht von Einsprachen begleitet ist. Ob das den aktuellen Zeitgeist unserer Gesellschaft widerspiegelt?

BULLETIN: An der Gemeindeversammlung im Dezember sind von den acht Traktanden deren fünf aus dem Dikasterium Bau und Umwelt. Es scheint, als hättest du viel Einfluss – oder aber «nur» viel Arbeit?

ANDREAS HÜRLIMANN: Die Bauabteilungen in den Gemeinden bearbeiten naturgemäss diejenigen Projekte, welche in der Entwicklung eines Dorfes am spürbarsten



Als Bauchef von Steinhausen bin ich gefordert, die Komplexität der vielen laufenden Geschäfte zu erfassen und im Gesamtkontext der Gemeinde mit dem Gemeinderat richtig zu priorisieren und voranzutreiben.

sind. Von da her freut es mich natürlich, dass ich in meiner ersten Legislatur als Gemeinderat gleich einem solch interessanten Dikasterium vorstehen darf. Den Einfluss eines einzelnen Lokalpolitikers in der gemeindlichen Exekutive darf man aber auch nicht überschätzen.

Die Befugnisse sind relativ rasch auf Stufe Gesamtgemeinderat angesiedelt. Von da her entscheidet oft auch die Kollegialbehörde und nicht ein einzelner Gemeinderat. Über zu wenig Arbeit kann ich mich sicher nicht beklagen. Die eindrucksvolle Liste der Themen in meiner Abtei-

lung aus der vorangegangenen Frage spricht hier sicherlich für sich. Meinen Einfluss kann man wohl erst rückblickend und mit etwas Abstand einmal wirklich beurteilen.

BULLETIN: Ist die aktuelle Flüchtlingssituation auch ein Thema im Gemeinderat?

ANDREAS HÜRLIMANN: Bis jetzt ist die aktuelle Flüchtlingssituation kein bestimmendes Thema auf Stufe meiner Gemeinde. Steinhausen kennt mit der Durchgangsstation mit rund 100 Asylsuchenden das Thema aber natürlich bestens. Mal abgesehen davon, dass sich einige Personen bereits durch die reine Anwesenheit von Flüchtlingen bedroht fühlen, gibt dies für unsere Arbeit aber wenig bis gar keine Probleme zu diskutieren. Solche Probleme sind aber auch immer zu relativieren. Denn auch beim erst kürzlich eingeweihten Spielplatz gibt es bereits Rückmeldungen, man fühle sich durch den Kinderlärm gestört. Wir klagen hier zweifelsohne auf hohem Niveau. Ganz im Gegensatz dazu, dass Europa aktuell mit Migrantenströmen konfrontiert ist, welche es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Und hier geht es um echte, überlebensnotwendige Fragestellungen. Dies führt ja schlussendlich auch zur sicherlich nicht leichtfertig in Angriff genommenen Flucht in Richtung Wohlstandshochburgen bei uns im Westen und Norden. Sollte sich die Flüchtlingssituation auch bei uns in der Schweiz verschärfen, dann bin ich überzeugt, dass die Zuger Gemeinden gemeinsam mit dem Kanton gut vorbereitet sind. Unsere Regierungsrätin Manuela Weichelt, aber auch Baudirektor Heinz Tännler arbeiten hier unter Hochdruck und sehr professionell daran, dass Kanton wie Gemeinden ihren humanitären Verpflichtungen nachkommen können.

BULLETIN: Wir bedanken uns ganz herzlich für das interessante Gespräch. ■

Mit dem Essen gespielt

Leandro Spillmann, Juso Zug
Bild Patrick Oppliger

In den Jahren 2007 und 2008 gab es einen massiven Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln. So kam es zu einer neuen Spitze globaler Hungersnöte. Während der Preisanstieg in den Industrieländern wenig Auswirkungen zeigte, fiel er in den Entwicklungs- und Schwellenländern umso verheerender aus. In diesen Ländern lag der Anteil des Haushaltseinkommens, welches für Nahrungsmittel aufgewendet wird, schon vor der Krise bei 60 bis 80 Prozent. Der Preisanstieg von satten 71 Prozent, wie ihn der Nahrungsmittelpreisindex der Welternährungsorganisation für 2007 und 2008 ausweist, machte diese für viele Haushalte unerschwinglich und stürzte über 115 Millionen Menschen in extreme Armut.

«Nichts ist so entwürdigend wie Hunger. Besonders, wenn er von Menschenhand verursacht ist.» Das sagte UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon im Kontext der globalen Hungerkatastrophe. Oft genannte Ursachen für die gestiegenen Preise waren die gesteigerte Nachfrage, Missernten, der Zerfall des Dollarkurses und die vermehrte Produktion von Biotreibstoffen. Wie eine UN-Studie zeigt, vermögen diese Faktoren alleine die damaligen dramatischen Preisanstiege aber nicht zu erklären. «Die Spekulation verschärft die Situation stark», sagte der Sprecher des Welternährungsprogramms der UNO. Tatsächlich war das Jahr 2007 nicht nur das Jahr der grossen Hungerkatastrophe, sondern auch jenes der globalen Finanzkrise. Im Zuge der Immobilien- und Finanzkrise suchten die Anleger nach alternativen Investitionsmöglichkeiten: Grundnahrungsmittel rückten zunehmend in den Fokus.

Ausgeklügeltes Spekulationsspiel

An den Rohstoffbörsen war schon früher Preisabsicherung betrieben worden, um Produzenten und Abnehmer vor Preisschwankungen zu schützen. Diese Geschäfte waren aber bis zu den Liberalisierungen in den Neunzigerjahren streng reguliert gewesen. Ab dann kam die Spekulation mit Nahrungsmitteln erst auf – und nahm infolge der Finanzkrise bedrohliche Ausmasse an. Inzwischen werden an den Rohwarenbörsen rund die Hälfte aller Kontrakte von Unternehmen aus

der Finanzindustrie gekauft – also von Firmen, die nie im Leben reale Ware geliefert haben möchten. Es geht ihnen nur darum, den Wert ihrer Fonds zu steigern. Sie kaufen soge-



Reichtum hier, Hunger dort – en guete!

nannte «Futures», also Kontrakte auf Waren, die erst zu einem späteren Zeitpunkt geliefert werden. Bis es dann so weit ist, haben sie diese Kontrakte längst weiterverkauft. Inzwischen ist es nicht mehr nur den Superreichen, sondern auch den kleinen Anlegern möglich, das ausgeklügelte Spekulationsspiel mitzuspielen.

Mit strengen Vorschriften zum Erfolg Nahrungsmittel werden so immer mehr vom Nutzwert zur Geldanlage. Die Preisbildung hat immer weni-

ger mit den Bedingungen der Realwirtschaft zu tun, sondern wird zunehmend durch die Finanzmärkte bestimmt. Ausserdem ist die Gefahr von Preisblasen, wie 2007 geschehen, massiv erhöht. Die USA haben nach den schlechten Erfahrungen mit den Liberalisierungen ihrer Märkte wieder begonnen, diese zu regulieren. So wurden in den letzten Jahren etwa wieder Positionslimits für Spekulanten eingeführt und strengere Transparenzvorschriften durchgesetzt. In der EU nimmt der Druck auf Spekulationsgeschäfte ebenfalls zu, entsprechende Regelungen sind absehbar. Die Schweiz hingegen droht, aussen vor zu bleiben. Den Schweizer

13

Banken und ihren Verbündeten in der Politik wäre das recht, würden doch so, Reputationsrisiken hin oder her, zusätzliche Geschäfte in die Schweiz verschoben.

Ja zur Spekulationsstopp-Initiative!

Die Schweiz als Finanzdrehscheibe muss in dieser Sache Verantwortung übernehmen. Die Gefahr, dass Spekulation die Preise verzerrt und Hunger verursacht, dürfen wir nicht in Kauf nehmen. Sagen Sie deshalb Ja zur Spekulationsstopp-Initiative! ■

Schafft (nur) Probleme

Daniela Walker, Alpen-Initiative
Bild Alpen-Initiative

14

Der Abstimmungskampf zur zweiten Gotthardröhre ist längst lanciert. Mit einem Nein am 28. Februar 2014 wehren Sie sich gegen die Lastwagenflut und die damit verbundenen gesundheitsschädigenden Abgase. Sie setzen sich für die Verlagerung und die Neat ein. Und Sie sorgen dafür, dass Steuergelder nicht sinnlos verlost werden. Ein Nein zur zweiten Röhre ist auch ein Beitrag zum Klimaschutz.

Trotz der Annahme der Alpen-Initiative und dem Nein zum Avanti-Genvorschlag, kommt es im Februar wieder zum Showdown in der Gotthardfrage. Diesmal steht die Sanierung des in die Jahre gekommenen Strassentunnels im Vordergrund. Dass der bereits 35 Jahre alte Tunnel saniert werden muss, ist unbestritten. Die Röhrenbefürworter wollen diese Sanierung aber nutzen, um durch die Hintertür doch noch eine zweite Röhre zu bauen.

«Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube»

Auch wenn die Tunnelbefürworter betonen, dass ihr Vorhaben keine Kapazitätserweiterung am Gotthard beinhalte und den Alpenschutz nicht tangiere, glaubt dies kaum jemand. In der Verkehrspolitik sind bereits zu viele leere Versprechungen gemacht worden. Bei der Eröffnung der ersten Röhre versicherte der damalige Verkehrsminister Hans Hürlimann: «Der Tunnel ist kein Korridor für den Schwerverkehr» – heute ist der Gotthardtunnel die meistbefahrenste Alpen-Transitachse unseres Landes mit weit über 800000 Lastwagen pro Jahr. Und auch alt Bundesrätin Elisabeth Kopp's Ehrenwort, an der 28-Tonnen-Limite für Lastwagen festzuhalten, hat sich längst in Luft aufgelöst. Wieso sollte man nun Doris Leuthard glauben, dass auf den vierspurigen Ausbau am Gotthard nicht auch deren vierspurige Nutzung folgt? Schliesslich sagte die Bundesrätin laut einem Kommissionsprotokoll selber: «Wir bauen ja kaum zwei Tunnel und lassen je eine Spur leer. Das ist meines Erachtens scheinheilig.»

Verdoppelung der Lastwagen und Sabotage der Neat

Seit über 20 Jahren kämpft die Schweiz für eine nachhaltige Verkehrspolitik – auch wegen der damit verbundenen Luftverschmutzung. Eine Studie des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) besagt, dass hierzulande pro Jahr 3000 Personen an den Folgen der Luftverschmutzung sterben. Und nun will man mit einer zweiten Röhre noch mehr Lärm, Abgase und Todesfälle zulassen, obwohl das mit der Alpen-Initiative geforderte Verlagerungsziel von jährlich 650000 alpenquerenden Lastwagen eigentlich längst erreicht sein sollte. Doch noch immer fahren jährlich über eine Million LKW durch die Schweiz – drei Viertel davon wählen die Gotthardroute.

Mit der Verdoppelung des Gotthard-Strassentunnels würde die Schweiz die Schleusen für noch mehr Transitverkehr öffnen und das Verkehrsniveau würde sich dem des Brenners annähern. Über den vierspurigen Alpenübergang zwischen Österreich und Italien fahren jährlich zwei Millionen Lastwagen – über 90 Prozent davon im Transit. Mit einer zweiten Röhre mutiert die Gotthardroute zur kürzesten vierspurigen Strassenverbindung zwischen Nord- und Südeuropa. Das läuft der 1994 getroffenen Entscheidung, auf die umweltfreundlichere Bahn zu setzen, zuwider.

Um die Verlagerung des Güterverkehrs voranzutreiben, wurde das Jahrhundertprojekt Neat gebaut. Das Kernstück – der 57 km lange Gotthard-Basistunnel – wird im Juni 2016 eröffnet. Noch vor der Inbetriebnahme dieses Prestigeprojekts der rund

24 Milliarden teuren Neat will der Bundesrat nun ein Konkurrenzprojekt auf der Strasse durchdrücken. Dies macht in Anbetracht der bereits ausgegebenen Steuergelder finanz- und verkehrspolitisch schlicht keinen Sinn.

Milliardenloch in der Bundeskasse

Apropos Finanzen: Die am Gotthard verlosteten Gelder könnten an anderen Orten sinnvoller investiert werden. 90 Prozent aller Staus entstehen auf Autobahnen in urbanen Regionen. Die wahren Verkehrsprobleme liegen dort und nicht am Gotthard. Die Verkehrszahlen sprechen für sich: Auf den Autobahnen rund um Wallisellen (ZH) verkehren 142200 Fahrzeuge täglich, und auch die Nationalstrassen rund um Zug sind mit bis zu 76000 Fahrzeugen pro Tag mehr als viermal so stark befahren wie der Gotthard-Strassentunnel, durch den täglich nur 17400 Fahrzeuge rollen! Auch wenn die Befürworter stets behaupten, dass keines der geplanten Projekte zur Engpassbeseitigung auf den Nationalstrassen durch eine zweite Röhre bedroht ist, stimmt diese Argumentation nicht. Schliesslich könnten weit mehr geplante Projekte realisiert werden, wenn der Gotthard nicht so teuer wäre und ohne zweite Röhre saniert würde. Zahlreiche Infrastrukturprojekte, darunter auch solche, die den Langsamverkehr betreffen, könnten wegen einer zweiten Röhre nicht oder erst viel später finanziert werden. Wieso weitere Milliarden in den Gotthard pumpen, wenn im Verkehrsdepartement offensichtlich das Geld fehlt? Doris Leuthard sagt selber, dass in der Strassenkasse ab 2018 jährlich 1,2 Milliarden Franken fehlen werden!

Die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels könnte mit einem funktionierenden Bahnverlad nicht nur nachhaltiger, sondern auch um drei Milliarden Franken günstiger realisiert werden.

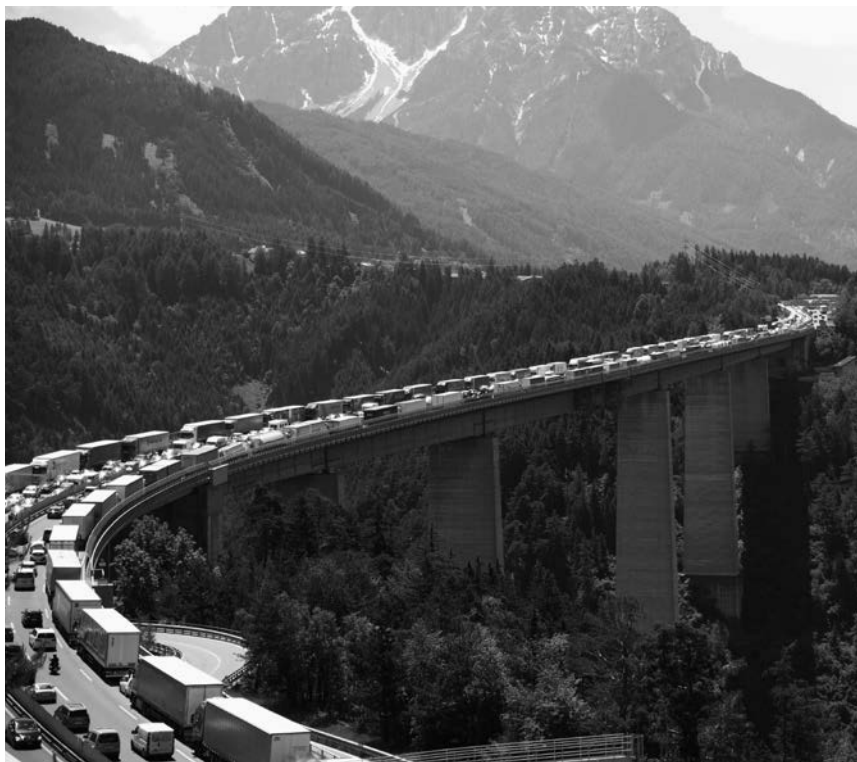
Mehr Schein als Sein

Federführend in der Befürworter-Kampagne ist der Schweizer Gewerbeverband (sgv). Das Hauptargument, mit welchem dieser für eine zweite Röhre weibelt, ist die Sicherheit. Bei genauerem Betrachten entpuppt sich das emotionale Thema rund um Unfallverhinderung jedoch als Scheinargument. Denn um mehr Sicherheit im Gotthard-Strassentunnel zu erreichen, braucht es definitiv keine zweite Röhre. Der 35-jährige Tunnel gehört heute zu den sichersten Nationalstrassenabschnitten der Schweiz und wird mit der Sanierung auf den neusten Sicherheitsstandard gebracht. Mit dem Einbau einer versenkbaren Mittelleitplanke kann zusätzlich das Risiko von Frontalkollisionen im Tunnel auf ein Minimum reduziert werden. Ausserdem gehen Versicherungsfachleute davon aus, dass die meisten neuen Autos bei der Fertigstellung einer zweiten Röhre in 15 Jahren mit aktiven Assistenzsystemen ausgerüstet sind und die Forderung nach richtungsgetrennten Tunnelröhren überflüssig machen.

Eine zweite Röhre hingegen würde sich sogar negativ auf die Sicherheit auswirken. Eine Studie der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) besagt, dass nur schon ein durch eine zweite Röhre provoziertes Mehrverkehr von 3 Prozent auf der gesamten Nord-Süd-Achse von Basel bis Chiasso mehr Unfälle auslösen würde. Das heisst: Etwas mehr Sicherheit auf 17 Kilometern Gotthard-Tunnel, aber grösseres Risiko für Unfälle auf den 300 Kilometern zwischen Basel und Chiasso! Übrigens: Die effizienteste Massnahme zu einer Verbesserung der Sicherheit wäre die vom Volk verlangte Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene.

Das Tessin

Nur 10 Prozent des Güterverkehrs über die Alpen ist Binnenverkehr zwischen dem Tessin und der Deutschschweiz. Durch den Gotthard



Der Brennerpass zwischen Österreich und Italien ist durchgehend vierspurig und hat doppelt so viele Lastwagen zu verkraften wie sämtliche Schweizer Alpenpässe zusammen. Mit der zweiten Röhre riskieren wir am Gotthard Zustände wie am Brenner.

fährt vor allem Transitverkehr. Von einer zweiten Röhre profitiert also nicht die Schweizer Wirtschaft, sondern vor allem die internationalen Spediteure. Hinzu kommt, dass 80 Prozent des Verkehrs am Gotthard reiner Ferien- und Freizeitverkehr ist. In den Agglomerationen aber stehen Leute, die zur Arbeit pendeln, täglich im Stau oder quetschen sich in überfüllte Züge!

Mit dem Verlad für Autos und Lastwagen bleibt das Tessin immer gut erschlossen, und dank der Neat wird man ab 2016, wenn der Gotthard-Basistunnel eröffnet wird, schneller ins Tessin reisen können als je zuvor. Ein Nein am 28. Februar 2016 dient dem Alpen- und Klimaschutz. Ein Nein verhindert, dass die Schweiz zur Transithölle verkommt und die Neat-Milliarden umsonst investiert wurden. ■

Nein zur zweiten Gotthardröhre

Wer keine zweite Röhre will, sagt am 28. Februar 2016 Nein zur «Änderung des Gesetzes über den Strassen-Transitverkehr im Alpengebiet (Sanierung Gotthard-Strassentunnel)». Auch bei einem Nein wird der Tunnel saniert, aber massvoll und ohne zweite Röhre.

Subversive Attacke von rechts

Alex Sutter, Co-Geschäftsleiter des Vereins humanrights
Bild BULLETIN

16

Am 28. Februar 2016 muss das Schweizer Stimmvolk über die Durchsetzungsinitiative der SVP abstimmen. Diese verlangt, dass eine Vielzahl von direkt anwendbaren, detaillierten Bestimmungen zur Ausschaffung von straffällig gewordenen AusländerInnen in die Bundesverfassung aufgenommen wird.

Gemäss der SVP soll damit nach dem Ja zur Ausschaffungsinitiative im Jahre 2010 der seither gültige Ausschaffungsartikel der Bundesverfassung «durchgesetzt» werden. Die SVP beharrt auf diesem Ansinnen, obwohl das Parlament inzwischen eine detaillierte Gesetzgebung zum selben Verfassungsartikel erlassen hat. Einzig mit einer Härtefallklausel hat das Parlament einen Unterschied gesetzt. So bleibt das Verhältnismässigkeitsprinzip im Rechtsverfahren minimal gewahrt.

Weshalb ist diese Volksinitiative für den schweizerischen Rechtsstaat ungemein gefährlich? Weshalb ist es unumgänglich, dass sich Menschenrechtsorganisationen und VerfechterInnen des Rechtsstaates aktiv gegen die Durchsetzungsinitiative engagieren?

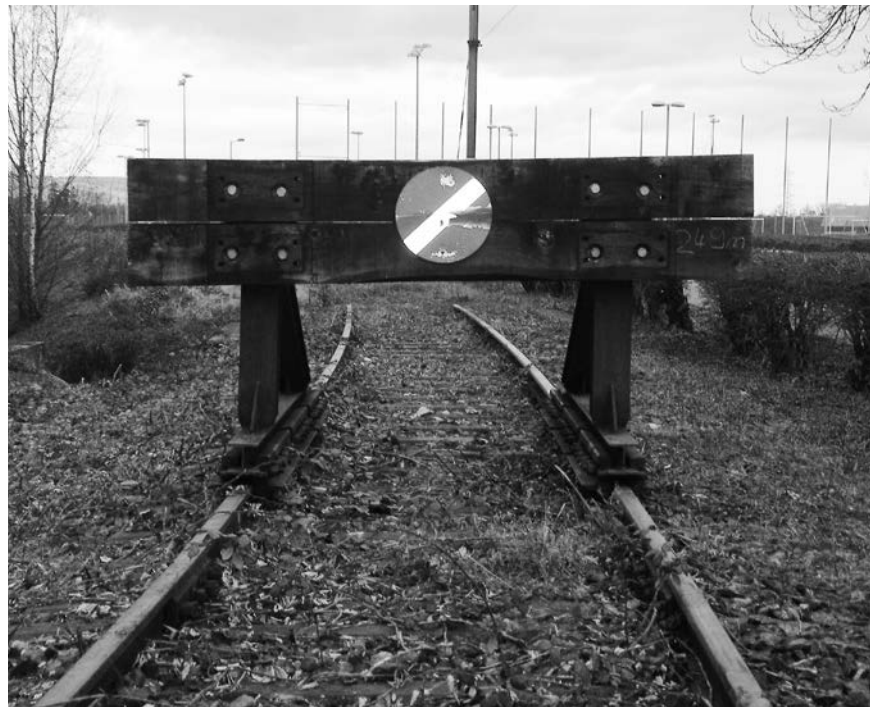
Maximal ausgeweiteter Deliktatalog

Die Durchsetzungsinitiative ist in vielen Punkten deutlich extremer als die am 28. November 2010 in einer Volksabstimmung angenommene Ausschaffungsinitiative.

Nebst einer Liste an Delikten, welche mit einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr belegt werden und automatisch zu einer Ausweisung führen sollen, wird eine zweite Liste von geringfügigeren Straftatbeständen festgeschrieben, die dann automatisch eine Ausweisung nach sich ziehen, wenn der Täter innerhalb der letzten zehn Jahre wegen einem Erstdelikt mit einem beliebigen Strafmass verurteilt worden ist.

Konkret heisst das: Wenn ein Secondo einmal wegen einer Geschwindigkeitsübertretung eine Busse erhalten hat und innerhalb von 10

Jahren wegen Beteiligung an einer Schlägerei zu einigen Monaten Freiheitsentzug bedingt verurteilt wird, so müsste er nach dem Willen der Durchsetzungsinitiative zwangsläufig



Die Durchsetzungsinitiative stellt einen Missbrauch des Instruments der Volksinitiative dar. Denn sie schreibt eine detaillierte Gesetzesbestimmung in die Bundesverfassung. Gesetzgebung ist aber die Aufgabe des Parlaments.

fig ins Herkunftsland seiner Eltern oder Grosseltern (zum Beispiel nach Vietnam) deportiert werden und er dürfte die Schweiz während 10 Jahren nicht mehr betreten.

Eine allfällige Annahme der Durchsetzungsinitiative wird die vielen Menschen mit ausländischem Pass, welche ihr ganzes Leben in der Schweiz verbracht haben, am härtesten treffen. Sie können – unter Umständen wegen zwei relativ

harmlosen Gesetzesbrüchen – jederzeit ihrem vertrauten Umfeld entzogen und in eine Lebenswelt katapultiert werden, die ihnen vielleicht gänzlich fremd ist. Dieses Damoklesschwert hat eine äusserst schädliche Wirkung auf die Integrationsfähigkeit der Secundos und Secondas. Die Annahme der Durchsetzungsinitiative würde eine permanente Entwurzelung dieser Bevölkerungsgruppe begünstigen.

Argumente gegen die Initiative

Nicht nur die integrationspolitische Botschaft der Durchsetzungsinitiative ist verheerend. Denn sie untergräbt gleich mehrere Säulen des schweizerischen Rechtsstaates. Ob sie nur ins Wanken kommen oder gar fallen werden, ist jetzt noch schwer abzuschätzen.

Da die Durchsetzungsinitiative den Automatismus von Ausschaffungen bei sehr vielen Delikten zur Fol-

ge hätte, würde damit das Prinzip der Verhältnismässigkeit bzw. der gerichtlichen Einzelfallbeurteilung im Falle von Grundrechtseinschränkungen ausser Kraft gesetzt. Dies ist eine starke Missachtung unserer Rechtsordnung, die auf dem Prinzip der Gerechtigkeit im Einzelfall beruht. Jeder Mensch muss weiterhin das Recht haben, seine Menschenrechte vor Gericht einzuklagen, wenn diese von einem gesetzlich verankerten behördlichen Entscheid bedroht sind.

Erstmals soll in die Verfassung geschrieben werden, dass alle Garantien der EMRK, welche nicht wie das Folterverbot dem zwingenden Völkerrecht zugezählt werden, von den neuen Verfassungsbestimmungen übertrumpft werden. Das heisst insbesondere, dass das Recht auf Familie nach Art. 8 EMRK in Ausschaffungsfällen nicht mehr gelten soll. Selbst das Non-Refoulement-Prinzip, das als Teil des zwingenden Völkerrechts eine Ausschaffung verbietet, wenn im Zielland die Gefahr von Folter oder unmenschlicher Behandlung oder Strafe besteht, wird auf unzulässige Weise eingeschränkt, indem die Kantonsgerichte bei diesbezüglichen Beschwerden die letzte Instanz sein sollen und das Bundesgericht in dieser für Leib und Leben zentralen Frage ausgeschaltet wird.

Programmierte Verletzung des Völkerrechts

Weil der «Vorrang von Landesrecht vor dem Völkerrecht» im Bereich der Ausschaffung von straffällig gewordenen Ausländern/-innen in der Verfassung festgeschrieben werden soll, verletzt die Durchsetzungsinitiative das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU. Denn EU-Bürger/innen mit Wohnsitz in der Schweiz müssten unter Umständen bereits nach leichten Straftaten weg-gewiesen werden. Dieser (nach der Masseneinwanderungsinitiative) zusätzliche Vertragsbruch würde die

Verhandlungsposition der Schweiz gegenüber der EU bei der Neuverhandlung der Personenfreizügigkeit nochmals ganz erheblich schwächen. Die Durchsetzungsinitiative stellt einen Missbrauch des Instruments der Volksinitiative dar. Denn sie schreibt eine detaillierte Gesetzesbestimmung in die Bundesverfassung. Gesetzgebung ist aber die Aufgabe des Parlaments.

Mit der Durchsetzungsinitiative wird das Parlament als Gesetzgeber nicht nur prinzipiell, sondern auch faktisch nach getaner Arbeit über-gangen. Dies ist umso stossender, als das Parlament den Gesetzgebungsauftrag aus der Ausschaffungsinitiative fristgemäss erfüllt hat. Die Durchsetzungsinitiative ist «subversiv»; denn sie untergräbt ganz gezielt die Gesetzgebungskompetenz des Parlaments und das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit des Parlaments.

Mit dem neuen Gesetz ist das Parlament den Anliegen nicht nur der ursprünglichen Ausschaffungsinitiative sondern auch der Durchsetzungsinitiative, im grösstmöglichen Masse entgegengekommen. Damit hat das Parlament den rechtstaatlichen Spielraum ausgereizt. Wenn jetzt die SVP die Durchsetzungsinitiative dennoch zur Volksabstimmung bringt, so betreibt sie eine Zwängerei auf Kosten des Rechtsstaates.

Eine Annahme der Durchsetzungsinitiative würde nicht nur das Parlament, sondern auch das Bundesgericht in eine äusserst unangenehme Lage versetzen. Denn nach seiner geltenden Rechtsprechung würde es trotz der neuen Bestimmungen am Vorrang der menschenrechtlichen Vorgaben der EMRK festhalten. Bei dieser konsequenten Haltung wäre eine weitere populistische Kampagne gegen das Bundesgericht vorprogrammiert, und sein öffentliches Ansehen würde, wenn es – wie nicht anders zu erwarten – unbeirrt bliebe, in breiten Bevölkerungskreisen darunter leiden.

Wegbereitung für die «Fremde-Richter-Initiative»

Sollte die Durchsetzungsinitiative vom Stimmvolk angenommen werden, so hat die SVP einen gewaltigen Schritt hin zur Annahme der «Fremde-Richter-Initiative» bzw. «Selbstbestimmungsinitiative» getan. Denn in diesem Fall wird sich die SVP im künftigen Abstimmungskampf darauf berufen können, dass sich der Souverän bereits zwei Mal – bei der Ausschaffungs- und bei der Durchsetzungsinitiative – im vollen Bewusstsein der Konsequenzen für die Ausserkraftsetzung eines von der EMRK verbürgten Menschenrechts entschieden habe. Damit habe «das Volk» zum Ausdruck gebracht, dass sein Wille über dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu stehen habe und sich die schweizerische Rechtsordnung im Konfliktfall nicht um die EGMR-Urteile zu kümmern brauche. Genau diese Verallgemeinerung möchte die «Fremde-Richter-Initiative» in die Realität umsetzen. ■

Humanrights.ch/MERS

Der Verein Humanrights.ch/MERS setzt sich seit 1999 für die Förderung und Durchsetzung der Menschenrechte in der Schweiz ein. Er betreibt u.a. die Informationsplattform humanrights.ch. Die Aktivitäten des Vereins Humanrights.ch beinhalten hauptsächlich Information, Sensibilisierung und Bildung.

Danebengestanden

Martin Stuber

18

Wir leben in einer wettbewerbsbetonten Gesellschaft, da gehört das Vergleichen zum täglichen Leben. In den letzten beiden Ausgaben des BULLETINS wurden die ökologischen Fussabdrücke von acht Zuger Politpromis verglichen. Leider taugt der WWF-Fussabdruck überhaupt nicht zum individuellen Vergleich.

Die Idee ist bestechend: Wer sein Dasein auf diesem Planeten so gestalten möchte, dass die übrigen ErdbewohnerInnen theoretisch den gleichen Lebensstandard geniessen könnte, ohne den nachfolgenden Generationen ein völlig übernutztes, kaputtes Lebensumfeld zu hinterlassen, kann seinen ökologischen Fussabdruck eruieren und dann sein Verhalten entsprechend anpassen.

Dumm nur, dass unsere Gesellschaft gar nicht über die Informationen verfügt, welche dies auf die individuelle Ebene herunterbrechen lassen. Der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung lassen sich wohl für grössere Gesellschaftsformationen einigermaßen berechnen und die Aussage, dass die Schweizer Bevölkerung als Ganzes weit über ihre Verhältnisse lebt, aber immer noch einiges besser als z. B. die US-Bevölkerung da steht, ist valabel. Wenn ich mich aber mit Freunden vergleichen will oder mit politischen KonkurrentInnen, wird es sehr problematisch. Dazu ein persönlicher Feldversuch mit dem Online-Fussabdruck des WWF, der auch dem BULLETIN als Grundlage für die Vergleiche diente.

10 Minuten?

Grösste Zweifel weckt schon die Startseite. Da heisst es vollmundig: «Wagen Sie das Experiment für sich und unseren Planeten. Machen Sie den ersten Schritt und berechnen Sie Ihren gesamten Fussabdruck (10 Minuten).» Zehn Minuten? Nur schon den eigenen Energieverbrauch im eigenen Haushalt – eine wichtige Grösse – haben wohl die wenigsten zur Hand und bis dieser zusammengetragen ist, dauert es sicher mehr als zehn Minuten. Ich starte trotzdem.

Alles Banane

Schon bei der ersten Frage komme ich ins Grübeln: «Wie hoch ist der Anteil an saisonalen Produkten bei Ihren Obst- und Gemüseeinkäufen?» Eigentlich möchte ich «Fast all mein gekauftes Obst und Gemüse ist einheimisch und saisonal» wählen. Wenn da nur nicht mein Bananenverbrauch wäre. Fast jeden Tag eine. Wann sind Bananen saisonal? Spielt es überhaupt eine Rolle? Entscheidend ist ja wohl, dass sie über den halben Planeten geschippert werden. Welchen Einfluss hat die Tatsache, dass ich ausschliesslich Max Havelaar Coop Bio kaufe? Von «Weniger als ein Viertel» bis zu «Fast all...» ist es aber Faktor 17. Dann wird's kurios. Ich esse jeden Morgen ein Joghurt und mindestens zwei dick mit Butter bestrichene Brotschnitten. Die Butter kommt meist vom Walchwiler Berg, die Joghurts sind saisonal. Natürlich alles Bio Knospe – aber das nützt nichts. Wenn ich darauf verzichten würde, sähe meine Ernährungsbilanz um 9 Prozent besser aus. Dann kommen die Eier. Ich liebe Eier. Sie kommen entweder vom Sternenhof in Baar (null Transport, werden mit dem Velo geholt) oder von Toni Niederberger in Oberwil, gekauft bei Anna-Maria auf dem Landsgemeindemarkt. Wie übrigens auch Gemüse und Obst. Wirft mich trotzdem 8 Prozent zurück.

Von der Alp oder Intensivmast?

Dass mein Fleischkonsum etwa zur Hälfte mit einem halben Lamm von der Alp Tomül gedeckt wird, zählt nicht. Fast ausschliesslich extensive Weide, kein Transport, in unserem Ferienort gemetzget, das fertige Fleisch nehmen wir selber nach Hause. Fisch

kommt fast ausschliesslich vom Fischer Wismer vom Landsgemeindemarkt. Nützt alles nichts – 16 Prozent Rückschlag. Dass ich noch nie (!) einen McDonald Burger gegessen habe, zählt nicht. Bereits jetzt bin ich schon sehr deutlich über dem Idealwert von einem Planeten. Am Schluss steht mein Fussabdruck bei der Ernährung auf zwei Planeten. Das Grundproblem bei diesem Rating ist, dass die verschiedenen ökologischen Aspekte, auf die ich in meiner Ernährung seit langem achte, sich im Resultat praktisch nicht reflektieren. Ein Vergleich zu jemandem, der z. B. den Transport der Lebensmittel oder die Produktionsmethoden nicht beachtet, stimmt so nicht mehr. Ähnlich bei der Mobilität: Dort wird das Fahrzeug nicht bewertet. Es macht ja wohl einen Unterschied, ob ich 10 000 km pro Jahr mit einem Porsche Cayenne oder mit einem Fiat 500 fahre. Auch ob ich alle zwei Jahre eine neue Karre kaufe oder 15 Jahre das alte Fiatli fahre, spielt fürs WWF-Rating keine Rolle. Meine weniger als 2000 km jährlich fahre ich fast ausschliesslich mit einem 30-jährigen Töff und kleinen Mobility-Fahrzeugen. Wenig Graue Energie, wenig Benzin, wenig Platzverbrauch. Auch beim Verkehr sind die Resultate nicht vergleichbar.

Verzerrende Pauschale

Dann kommt der Hammer: die allgemeinen Konsumausgaben. Keine Frage, dass die zum ökologischen Fussabdruck zählen. Aber was zählt denn alles zu den Konsumausgaben? Zum Beispiel das Auswärtsessen. Aber der WWF-Test berücksichtigt nicht, welchen Charakter das Auswärtsessen hat. Wer weniger oft, dafür teurer isst und auf die Herkunft der Nahrungsmittel achtet, erhält gleich viele «Strafpunkte» wie jemand, der für den gleichen Preis Fast Food isst. Bei den Kleidern ist es ebenso paradox: Ich kaufe zwar wenig, aber weil ich Wert darauf lege, dass das Material lange hält, gebe ich

dafür gerne etwas mehr aus. Das ist sicher gut für meinen REALEN ökologischen Fussabdruck, aber schlecht im vergleichenden Rating! Auch die Ferien werden hier erfasst: Und die sind bei mir eher teuer, weil selten im Ausland. Wenn ich das dazurechne, katapultiert mich das auf 2,3 Planeten, bevor dann noch pauschal die öffentlichen Dienstleistungen dazugerechnet werden.

Wie wird es vergleichbar?

Das Bedürfnis, herauszufinden, ob der eigene Lebensstil «planetentauglich» ist und sich dann danach zu richten, stellt eine grosse Errungenschaft dar und ist sehr unterstützenswert. Damit das einzelne Individuum sich aber entsprechend verhalten kann, bräuchte es transparente, korrekte und detaillierte Fussabdruck-Informationen. Die haben wir heute nicht – siehe oben. Dahinter versteckt sich aber auch eine fundamentale ökonomische Frage: Wie wird der Ressourcenverbrauch gesteuert? Nach der Hegemonie des Spätkapitalismus findet diese Steuerung über den Preis statt. Dieser reflektiert manches, aber nur selten den hinter dem Produkt oder der Dienstleistung steckenden ökologischen Fussabdruck. Die einzige sinnvolle Lösung wäre eine «planetarische Nutzungswährung» - jedeR ErdenbewohnerIn bekommt ein Konto, das er aufbrauchen kann. Und zwar nicht ein Lebenskonto – niemand weiss ja, wie alt sie/er werden – sondern für bestimmte Zeitabschnitte, z. B. fünf Jahre. Wer nun schreit: «Das ist ja Rationierung!», dem sage ich: «Ja!» Wenn wir den Anspruch haben, dass die schreiende Ungleichheit auf diesem Planeten beseitigt wird, und dies in einer Art, die ihn nicht kaputt macht, werden wir nicht um eine Form der Rationierung herumkommen. Zu Ende gedacht ist die Armut in einzelnen Weltregionen ja auch nur eine besonders brutale Form der Rationierung.


Fazit: untauglich

Mein persönliches Fazit: Solange wir keine Planetennutzungswährung haben, mit der wir jederzeit berechnen können, wo wir mit unserem Konsum individuell stehen, sind solche Online-Vergleiche völlig untauglich. Oder sogar kontraproduktiv. Denn in vielen Bereichen wäre es wirksamer, mittels politischen Entscheiden den Fussabdruck der Gesellschaft zu reduzieren, als jedes Ei zuzählen, das man isst. Was nützt mir z. B. ein Politiker mit einem guten individuellen

Fussabdruck, wenn er dafür eine bürgerliche Verkehrspolitik betreibt? Am besten ist ja sowieso beides: ökologische Politik und akzeptabler Fussabdruck. Das geht auch ohne verzerrendes Rating. Und der WWF täte sich und seiner Glaubwürdigkeit einen Gefallen, wenn er im Sinne einer Packungsbeilage explizit auf Sinn und Unsinn des Fussabdruckes hinweist und ehrlicherweise wenigstens schreibt, dass ein seriöses Ausfüllen mehr als zehn Minuten braucht. ■

Ihr Fussabdruck

Hoppla! Würde die gesamte Weltbevölkerung auf so grossem Fuss leben, bräuchten wir




13.4

Planeten. Mit unseren Tipps können Sie neue Wege in eine nachhaltige Zukunft beschreiten. Wollen Sie Ihren Fussabdruck verringern?

Hoppla! Ganz so vergleichbar sind die WWF-Fussabdrücke leider nicht.

Ihr Fussabdruck

Gratulation! Ihr ökologischer Fussabdruck von



1

Planeten ist absolut vorbildlich. Sie können stolz sein! Trotz des zusätzlichen Gewichts, dass sich aus den Belastungen durch öffentliche Einrichtungen und Institutionen ergibt, sind Sie ein Leichtgewicht für unseren Planeten. Herzlichen Dank und weiter so!

Eine Woche Sozialismus

Jonas Feldmann, Redaktor BULLETIN

20

Sozialismus: Diese utopische Staatsform kannte ich bis vor kurzem nur aus alten, staubigen Büchern. Das Leben in einem Land, in dem die Leute sozialistisch anstatt kapitalistisch zusammenleben, wollte ich schon immer einmal erfahren. Wie geht es diesen Leuten? Leiden sie an Hunger, so wie es die amerikanisch-westeuropäischen Horrorgeschichten erzählen? Oder sind sie zufriedener, wie es linke Ideologien suggerieren?

Nachdem ich einen Monat in Cartagena an der kolumbianischen Karibikküste einen Spanischkurs besucht und danach ein vierwöchiges Praktikum in einem Spital in Bucaramanga im gebirgigen Osten Kolumbiens absolviert hatte, blieb mit noch etwas Zeit, in der Gegend herumzureisen

noch keine Ahnung hatte, wie ich das anstellen würde, ob es dorthin einen Bus gäbe und vor allem, wie ich über die Grenze käme.

Nun, es kam sowieso alles anders: Im Auto hatte ich nämlich immer wieder mit dem aufgestellten Fahrer geplaudert. Und es ergab sich, dass



Bergluft und Blechkarossen in Mérida: Willkommen im Sozialismus.

und ich fasste den Entschluss, mich mit wenig Gepäck und entgegen allen Empfehlungen meiner kolumbianischen Gastfamilie bis nach Mérida, einer kleinen Universitätsstadt in den venezolanischen Anden, vorzuwagen. Auf gut Glück fuhr ich mit einem Bus, der eigentlich gar kein Bus war, sondern bloss ein ganz gewöhnliches Auto mit einem Fahrer und vier zahlenden Passagieren, nach Cucuta, der letzten kolumbianischen Stadt vor der Grenze. Hier wollte ich noch einmal übernachten und am nächsten Morgen dann nach Mérida weiterreisen, auch wenn ich zu dem Zeitpunkt

er jemanden kannte, der hauptberuflich Leute über die Grenze nach Venezuela transportiert. Ein netter, aufgestellter junger Kerl mit dem vertrauenswürdigsten Namen Sabor, der mich dann am Morgen darauf tatsächlich abholen kam. Dank seines übermütigen Fahrstils kamen wir schnell voran und erreichten bald die breite Brücke, die den Grenzübergang zwischen den beiden Ländern bildet. Und als wir die Brücke, die die beiden Nachbarländer verbindet und trennt, passiert und die venezolanischen Soldaten mein Gepäck inspiziert hatten, ohne mir, wovor mich

meine Gastfamilie explizit gewarnt hatte, etwas zu entwenden, befanden wir uns bereits in der Grenzstadt San Antonio de Tachira, wo ich für eine Bearbeitungsgebühr von umgerechnet 4 Rappen ein Touristenvisum für einen Monat ausgehändigt bekam. Die letzte Etappe legte ich dann wieder in einem stickigen, öffentlichen Bus zurück, als neugieriger Exot unter ausschliesslich Einheimischen.

Willkommen im Realsozialismus

Endlich in Mérida angekommen verbrachte ich drei Tage im geschäftigen Städtchen, genoss die entspannte Atmosphäre, die Bergluft und die schöne Aussicht. Stundenlang sass ich da und beobachtete den Realsozialismus, der sich da vor meinen Augen abspielte: Gemüsehändler, Metzger und Empanadaverkäufer priesen ihre Ware an, Schülerinnen und Schüler in koketten Uniformen hüpfen in alte, stinkende Chevrolet-Busse ohne Türen, Studentinnen und Studenten, welche mehr als ein Fünftel der ganzen Bevölkerung Méridas ausmachen, radelten auf klapprigen Velos umher und Männer in Anzügen hasteten über die Strasse, den riesigen Metallkarossen ausweichend, die die Strassen verstopften und mit ihren ungefilterten Abgasen zuqualmten. Ansonsten hatte die früher bei Touristen sehr beliebte Destination aber nicht mehr besonders viel zu bieten. Die Busverbindungen in die sehenswerten umliegenden Täler waren wegen Streiks gestrichen worden, der Zoo hatte geschlossen und das berühmte Seilbähnchen, mit dem man früher von 1500 Metern zur höchstgelegenen Bergstation der Welt auf über 4700 Metern Höhe gondeln konnte, ist seit mehreren Jahren ausser Betrieb. Weil 2008 europäische Inspektoren eine sofortige Revision gefordert hatten, hatte die Regierung (damals Chavez) beschlossen, dieses prestigeträchtige und für den Tourismus so immens wichtige Bähnchen nicht einfach nur notdürftig reparie-

ren zu lassen, sondern gleich einen modernen, teuren und imposanten Neubau hinzuklotzen, der vermutlich noch lange nicht bis zur Hälfte fertiggebaut ist. Auch wenn die Verantwortlichen (seit 2009 jedes Jahr) vermelden, dass das Projekt auf spätestens Ende Jahr eröffnet werden würde, wobei mehr als ein Einheimischer mir gegenüber die Vermutung äusserte, dass diese Verantwortlichen sich mit dem ganzen Geld vermutlich schon lange irgendwo ein schönes Leben machen.

Etwas karg war denn auch das Angebot im Supermarkt, wo ich am

5 Rappen die Tube). Und mittendrin ein Schild: «Solo 4 por persona». Vier Tuben Zahnpasta pro Person und Woche, mehr darf man hier nicht kaufen, wobei ich mich natürlich frage, wer denn bitteschön mehr als vier Tuben Zahnpasta pro Woche brauchen kann. Aber die Ursache für solche Vorschriften sind klar: Diese Zahnpasta ist hier quasi gratis, weil sie von der Regierung wie andere «Produkte des täglichen Bedarfs» massiv subventioniert wird. Und in Cucuta, nur wenige Stunden Autofahrt entfernt, ist dieselbe Tube ein halbes Vermögen wert – weshalb man mit

Wer Fleisch will, muss Rinder züchten

Weil ich also nach drei Tagen schon die ganze Stadt gesehen hatte und gerne noch einen anderen Teil des Landes auskundschaften wollte, liess ich mich vom Betreiber meiner Herberge, wo ich für umgerechnet zwei Franken pro Nacht logierte, zu einem Viertagesausflug (inklusive Reise, Übernachtung und Essen kostete der Ausflug 70 Franken) in die Llanos, die grossen und angeblich tierreichen Sumpfebene im Südwesten Venezuelas, überreden. Der australische Hotelier und Hobby-



Chavez lebt weiter, zumindest auf den Propagandaplakaten der Regierungspartei.



Grenzenlose Freiheit gibt es in Venezuela leider nicht.

zweiten Tag einen kleinen Einkauf tätigen wollte. Nicht karg von der Menge an angebotenen Produkten her, denn wo in einem europäischen Supermarkt ein meterlanges Regal mit zig verschiedenen Zahnpastatuben in allen Formen, Farben, Grössen und Geschmacksrichtungen, extra white, extra fresh oder extra sanft und so weiter steht, steht auch hier in Mérida ein meterlanges Regal, vollgestopft mit tausenden Zahnpastatuben. Allerdings alle desselben Typs. Eine Marke, eine Grösse, eine Farbe (Colgate, 200 ml, weiss) und das zu einem unglaublich günstigen Preis (knapp

dem Schmuggeln von solchen «Produkten des täglichen Bedarfs», wozu auch noch Benzin, Bier, Maismehl und Kernseife gehören, sehr viel Geld verdienen kann. Auch ich, obwohl ich keine Zahnpasta und auch kein Maismehl kaufte, musste an der Kasse meinen Pass scannen lassen und meinen Einkauf fein säuberlich staatlich registrieren lassen. Fast zwei Stunden verbrachte ich daher im Supermarkt, bis die Formalitäten abgewickelt und ich den Apfel, die zwei Becher Joghurt und die Tafel Schokolade endlich einpacken durfte. Lang lebe die sozialistische Planwirtschaft!

Abenteurer Mike und sein privater Übersetzer Carlos aus San Cristobal begleiteten mich. Mit uns fuhren ausserdem Reiseführer Rodrigo und Fahrer Eduard. Schon nach kurzer Zeit hatte ich mich mit Carlos, der früher einmal ein guter Arbeitskollege von Präsident und Ex-Busfahrer Maduro gewesen war, angefreundet und er hielt mir bereits frühmorgens eine heisse Hasstirade auf seinen ehemaligen Kollegen und dessen sozialistische Regierung mit ihren korrupten und untätigen Ministern und wünschte sich den guten alten Hugo Chavez zurück, der eben we-

nigstens noch das Charisma und die Autorität gehabt habe, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht kopfüber in den Hintern zu kriechen. Wir verbrachten mehr oder weniger den ganzen Tag in einem neuen, weissen Jeep, konnten aber ab und zu aussteigen, um die verschiedenen Landschaften zu bewundern und bei verschiedenen Bauernfamilien



Wird bis Ende Jahr ganz sicher wieder eröffnet: Die ehemals längste und höchstgelegene Seilbahn der Welt.

Nahrungsmittel einzukaufen. Und einmal tankten wir – für 70 Liter Benzin bezahlten wir umgerechnet 3 Rappen – und ich verstand nun, wie zahlreiche geschäftstüchtige Venezolaner auf die Idee gekommen sind, sich ihr Geld mit Benzinschmuggel zu verdienen. Gegen Abend, als es schon dunkel war und uns die Glühwürmchen den Weg leuchteten, kamen wir auf der Ranch Los Modulos, anderthalb Stunden von der nächsten Kleinstadt entfernt, an. Hier leben die Leute von der

Rinderzucht und sitzen also den ganzen Tag auf ihren Pferden bzw. Jeeps (weil Benzin hier mit Sicherheit günstiger ist als das Hafer für die Pferde) und beobachten Rinder und ernähren sich ausschliesslich von Fleisch, weil in den kargen Sümpfen hier sonst nichts gedeiht. Und auf meine naiv-kapitalistische Frage, wieso man nicht ein wenig mit den Leuten im bloss acht Stunden entfernten Mérida handelt, die massenhaft Früchte und Gemüse kultivieren, aber fast kein Fleisch haben, meinte man bloss nüchtern: «Wenn die Leute in Mérida Fleisch essen wollen, dann müssen sie eben ihre eigenen Rinder züchten.»

50 Franken Monatslohn

Die nächsten vier Tage lebten wir also gemeinsam mit den Rinderzüchtern auf der Ranch. Tagsüber hatten wir Zeit, die wilden Tiere (Kaimane, Wasserschweine, Leguane, Wasserschildkröten, Flussdelfine, Piranhas, Anakondas und so weiter) zu beobachten, dreimal täglich assen wir Fleisch und abends tranken Carlos und ich Bier, das wir auf der Nachbarranch erstanden hatten, und ich hörte ihm zu, während er mir vieles über Leben, Politik und die aktuelle Situation in Venezuela erklärte. Er war ein überaus interessanter Gesprächspartner. Schliesslich war er als ehemaliger guter Kollege des amtierenden Präsidenten gut informiert, auch wenn er keinen Kontakt mehr habe und diesen auch nicht suche und eben sowieso kein grosser Fan der aktuellen Regierung zu sein schien, so wie eigentlich sowieso niemand mehr ein Fan dieser Regierung sei. Er erzählte mir von den Studentenprotesten, die erst vor kurzem in Mérida stattgefunden hatten und von welchen ich bisher nichts gewusst hatte. Es sei sogar eine Demonstrantin erschossen worden, als Polizei und Militär mit aller Härte gegen die Demonstrierenden vorgingen. Sie sei eine Faschistin gewesen, die mit

ihren rechten Ideen das friedliche Zusammenleben und den funktionierenden Sozialismus torpedieren wollte, heisst es in der offiziellen Version der Regierung Maduro und der von ihr kontrollierten Medien. Carlos meinte, bei der Demonstration hätten die Studierenden bloss einen fairen Lohn für ihre Professoren gefordert. Momentan verdiene ein Hochschulprofessor in Mérida umgerechnet 50 Franken monatlich – viele gingen deshalb gar nicht mehr zur Arbeit, sondern verdienten sich ihr Geld als Taxifahrer, Touristenführer oder im Benzinschmuggel, während die Vorlesungen an der Universität nur noch selten stattfänden. Auch unser Fahrer Eduard sei eigentlich promovierter Mathematikprofessor, von 50 Franken könne man aber selbst in Mérida kein menschenwürdiges Leben führen.

Er sei zurzeit nur als Übersetzer und Touristenführer für Mike tätig, verriet mir Carlos eines abends unter vier Augen, weil er dadurch die staatliche Erlaubnis bekommen hatte, das Land zu verlassen und den Australier sogar bis nach Manaus im Nordosten Brasiliens zu begleiten. Von dort aus würde Mike nach Rio de Janeiro weiterreisen – alleine. Und Carlos würde dann erst einmal untertauchen und sich in Brasilien irgendwo eine Arbeit suchen. Eigentlich sei er ausgebildeter Primarlehrer, aber die Anstellungsbedingungen für Lehrer in Venezuela seien katastrophal. Viel lieber arbeite er auf einer brasilianischen Baustelle, meinte er, davon könne man wenigstens einigermassen leben. Natürlich wird er seine Familie und Freunde vermissen und auch seine geliebte Heimat, aber unter den momentanen Bedingungen sei eine Rückkehr undenkbar. Venezuela sei ein Land, in dem es für die Menschen keine Zukunft gäbe, sagte er mir ins Gesicht und schaute mich mit einem durchdringenden Blick an – und ich glaubte ihm jedes Wort.

Whisky für den Comandante

Unter Chavez, da sei eben alles noch besser gewesen, meinten die Rinderzüchter immer wieder und reichten jeweils eine Whiskyflasche im Kreis herum, dass wir alle einen Schluck auf den verstorbenen Kommandanten tranken. Denn trotz der Schwierigkeiten, die es hier offenbar gibt und über die man sich auch gerne beklagt (tiefe Löhne, Medikamentenknappheit, Korruption,

nen Monat gerade keines importiert wurde, und kein Gemüse, weil der Preis gerade zu hoch ist, und keine Zahnpasta, weil du deine Ration diese Woche schon verbraucht hast, aber immerhin hast du eine halbvolle Flasche Whisky.

Keine Armut, kein Reichtum

Als ich das sozialistische Gebiet nach etwas mehr als einer Woche wieder verliess und ins kapitalistische Ko-

ser. Der Staat könnte dann nicht nur die Versorgung aller mit Grundnahrungsmitteln und Benzin sicherstellen, sondern auch mit Toilettenpapier, Medikamenten und anderen Luxusgütern, die es momentan nur auf dem Schwarzmarkt zu erwerben gibt.

Wenn ich nun, mehrere Monate nach meinem Kurzbesuch, an Venezuela zurückdenke, kommen gemischte Gefühle in mir auf. Einerseits waren die unberührte Natur, die artenreiche Flora und Fauna und auch die Offenheit und Fröhlichkeit der Venezolanerinnen und Venezolaner absolut gewaltig, und ich möchte so bald wie möglich wieder dorthin reisen, um mehr vom Land zu sehen und mehr Leute zu treffen. Andererseits habe ich von den Menschen dort auch viel Schlechtes über ihre Regierung und über das System, in dem sie leben, gehört. Und auch wenn ich – gerade im Vergleich zu anderen Ländern, die ich auf meiner Reise durch Südamerika gesehen habe – sehr wenig Armut und auch keine Hungersnot gesehen habe, so traf ich doch auf viel Hoffnungslosigkeit und viele beklagten sich über fehlende Meinungsfreiheit, schlechte Zukunftsaussichten und die allgemein miserable wirtschaftliche Situation. Carlos verlässt seine geliebte Heimat aus wirtschaftlichen Beweggründen und viele andere hegen denselben Wunsch, möchten nur noch weg, träumen von den USA oder Europa. Und ich sitze hier, im Mekka der Meinungsfreiheit und des Wirtschaftswachstums, inmitten des überbordenden Wohlstandes und möchte am liebsten wieder zurück. Zurück an den Ort, wo die Menschen trotzdem irgendwie glücklicher und unbeschwerter leben als hier. ■



Atemberaubende Tierwelt: Ein Baby-Kaiman in den Llanos.

eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit) scheinen die Venezolanerinnen und Venezolaner auf eine einfache, unkomplizierte und ehrliche Art glücklich und zufrieden zu sein. Sie wissen um die vielen Probleme in ihrem Land und machen trotzdem das Beste aus ihrem Leben und aus ihrer Situation. Und wenn sie mir erklären, dass es in Venezuela eben zwei Arten Probleme gäbe, diejenigen die sich irgendwann von alleine lösen werden, und diejenigen, die sich nie lösen werden, dann meinen sie das auch so und lächeln dazu und genehmigen sich einen Schluck Whisky, weil worüber willst du dich beklagen, wenn du zwar kein Toilettenpapier hast, weil im vergange-

lumbien zurückkehrte, war es der Wohlstand, der mir als Erstes auffiel. Der offensichtliche Reichtum, den Einzelne zelebrieren, während andere auf der Strasse leben und gar nichts haben. Beide Extreme waren in Venezuela nicht sichtbar gewesen. Weder extreme Armut noch extremer Reichtum. Denn auch wenn niemand anständig verdient, so werden doch alle satt. Eine Unterkunft, ein Auto und ein Mobiltelefon besitzen alle. Schulen, Universitäten und Spitäler sind gratis und werden vom Staat finanziert, welcher seine Mittel aus dem Verkauf von Öl und anderen Bodenschätzen bezieht. Eines ist klar: Wäre der Ölpreis zurzeit nicht dermaßen tief, ginge es Venezuela bes-

Refugees welcome

Marco Knobel, Junge Alternative Zug
Bild Alain Schwerzmann

24

Seit dem Jahr 2000 haben mehr als 30 000 Menschen ihr Leben auf der Flucht nach Europa verloren. Das Sterben an den zugemauerten europäischen Aussengrenzen ist der prägende Ausdruck eines globalen Systems der Ungleichheit und Ungerechtigkeit.

Weltweit befinden sich fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Noch nie hat das UNHCR eine höhere Zahl verzeichnet. Und die Fluchtwelle wird noch immer grösser. Im Schnitt verlassen täglich über 40 000 Menschen verzweifelt ihre Heimat, um nach Frieden und Sicherheit zu suchen. Dabei ist Migration die logische Konsequenz der immer krasser werdenden Anhäufung von Reichtum durch einige wenige an bestimmten Orten und vom Elend und der Perspektivlosigkeit der Restlichen an den übrigen Orten. Die

wenigen Profiteure eines maroden globalen Wirtschaftssystems sind bestrebt, sich gewaltvoll vor den Konsequenzen und dem Elend der von ihnen durchgesetzten Marktmechanismen zu verschliessen. Unsicherheit und Existenzängste werden geschürt. Das Mantra des «Wohlergehens des nationalen Wirtschaftsstandortes» verwischt, dass Lohnabhängige aller Länder gemeinsam unter der massiven Ungleichheit leiden. Diese Entfremdung ist dafür verantwortlich, dass Mitgefühl und Solidarität ins Unbewusstsein verdrängt werden, weil die eigene Hilflosigkeit jegliche persönliche Übernahme von sozialer Verantwortung erschwert. Die Ignoranz und die Hilflosigkeit einer durch bürgerliche Propaganda verblendeten Gesellschaft schafft emotionale Distanz und lässt die Verstorbenen als abstrakte Zahlen erscheinen – ohne Gesicht, ohne Namen, ohne Geschichte.

Wo sind die syrischen Flüchtlinge? (UNHCR, April 2015)

In der Türkei: ca. 1'758'000 Personen

Im Libanon: ca. 1'196'000 Personen

In Jordanien: ca. 628'000 Personen

Im Irak: ca. 247'000 Personen

In Ägypten: ca. 134'000 Personen

Zum Vergleich:

In 38 europäischen Ländern: 200'879*

(* Asylanträge per Ende 2014)

Das Elend dort nimmt seinen Anfang hier

In Wahrheit bestünde heute ohne Weiteres die objektive Möglichkeit, alle MigrantInnen in Europa aufzunehmen. Genauso wie längst die objektive Möglichkeit bestünde, fast das Doppelte der Weltbevölkerung zu ernähren. Doch die engen Grenzen der marktwirtschaftlichen Logik verunmöglichen es, das produktive Potenzial auszuschöpfen bzw. die Erträge gerecht zu verteilen. Westliche Multis beuten Mensch und Umwelt aus und betreiben gewaltsame Landnahmen. Auf Schwellen- und Entwicklungsländer wird enormer Druck ausgeübt, staatliche Industrien und den Service public zu privatisieren und an kapitalstarke ausländische Unternehmen zu verscherbeln. Viele KleinbäuerInnen können dem Weltmarkt nicht standhalten und von ihrer Arbeit nicht mehr leben. Der Klimawandel führt zu Trockenheit, Naturkatastrophen und

Landflucht. Westliche militärische Interventionen im Nahen Osten hinterlassen Heerscharen an jungen Arbeitslosen ohne Perspektive, unsere Waffenexporte landen bei korrupten Regimes und religiösen Extremisten.

Der Kampf für sozialen Fortschritt darf keine Grenzen kennen

Kurzfristig und auf Kosten anderer profitieren die Lohnabhängigen in den westlichen Nationen tatsächlich von der Stellung ihres Staates im Weltmarkt. Der schleichend zerfallende Wohlfahrtsstaat macht die Arbeitenden noch empfänglicher für Nationalismus. Wirklich linke Migrationspolitik muss heissen, dass die organisierten Lohnabhängigen, ungeachtet ihrer Herkunft, gegen die Interessen des Geldadels gemeinsam über Grenzen hinweg ihre Rechte und ihren Lebensstandard verteidigen und sich nicht der nationalistischen Hetze hingeben. Dazu ist es notwendig, sich zu einer von Profitinteressen unabhängigen, politischen und gesellschaftlichen Kraft zu entwickeln, die fähig ist, die Gesellschaft im Interesse der Menschen zu gestalten. Nächste Schritte sind das Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln, das Anwenden von Schweizer Rechtsgrundsätzen auf die Machenschaften von multinationalen Konzernen im Ausland, der sofortige Ausfuhrstopp von Kriegsmaterialien und der bedingungslose Schutz von Menschen in Not. Kämpfen wir für eine Wirtschaft, die den Menschen dient – und nicht umgekehrt. ■



Migration ist die Folge globaler Ungleichheit und Ungerechtigkeit.



«Bis 2030 gibt es keine Steuererhöhungen» titelte die NeueZZ. Und im Lead hiess es: «Die Jahresrechnung 2013 schliesst zwar mit einem Defizit ab. Doch Sorgen macht sich der Finanzdirektor nicht.» Darunter ein Föteli vom lächelnden Peter Hegglin. Das war am 4. April 2014. Kurz darauf kündigte derselbe Hegglin das erste Sparprogramm an und alles war plötzlich ganz anders. **Gott sei Dank** kandidiert er nicht für den Bundesrat.

Einer von ähnlichem Schlag ist nämlich schon lange Bundesrat, und nachdem der seit Jahren mit bekannt grossem Erfolg an der «besten Armee der Welt» herumbastelt, soll es doch tatsächlich Leute im Bundeshaus geben, die ihn gerne in das **Finanzdepartement** stecken würden. Das würde dann die Flüchtlingsbewegung in der Schweiz umkehren.

Das Zeug dazu, diesen Strom zu verstärken – oder mindestens einen Exodus von der Glotze zu bewirken – hat **Blochers Tochter**. Frau Martullo-Blochers Penetranz sticht sogar dem NZZ-Korrespondenten in die Nase: Martullo-Blocher kräht immer fröhlich dazwischen, sobald Guldimann wiederansetzt – «Also du seisch...», viel weiter kommt er meistens nicht und er versucht es nicht wenige Male. Die Blocher-Tochter fährt dem früheren Diplomaten derart systematisch in die Parade, dass der Verdacht aufkommt, es müsse sich um eine einstudierte Technik aus

ihrem zu Youtube-Ruhm gekommenen Leadership-Training-Ordner handeln. «The seven destructing steps» vielleicht? (...) Als Guldimann dann einmal doch zwei zuspitzende Sätze zu Martullo-Blochers Position loswird, stoppt sie ihn mit der Bemerkung «Schlimmer als ein Journalist!»

Da sind K.-o.-Tropfen unnötig – eine **Überdosis** Magdalena reicht.

Es geht aber noch mehr. Am Freitagabend, 27.11., hat die Bündner SVP in Domat/Ems ihren Wahlsieg vom Oktober gefeiert. Ganz die **Kopie vom Papi** genießt sie den Martullo-Marsch von Gaudenz Egli, gespielt auf der Maulorgel. «Er passt gut zu mir», sagt die Hausherrin zum Musikstück. «Das nehme ich mit nach Bern, um denen den Marsch zu blasen.»

Apropos Überdosis: Wenigstens eine hübsche Schlagzeile gab's in der nach dem Bachelor zweitschlechtesten Casting-Show der Schweiz: «Berner SVP nimmt **Rösti** aus dem Rennen.» Meinte ein nüchterner Zuger: «Die hatte schon zu viel Aeschi.»

Im Bündnerland kursierte derweil das Bonmot: «Was gibt es bei der Nichtnominierung von **Brand** Aeschi.»

Was dort nicht gut angekommen ist. Kommentierte ein Online-Leser in der «**Südostschweiz**» trocken: «Blochers Dank an die Bündner für die Wahl seiner Tochter in den Nationalrat...!»

Dessen ist sich der sehr wohl bewusst. An erwähnter SVP-Feier in **Domat Ems** gestand er, «so viel gelacht wie am 18. Oktober, als er vom Bündner Wahlergebnis gehört habe, habe er selten im Leben». Gemäss Reporter war das Publikum begeistert. War uns gar nicht bewusst, dass die Bündner so über sich selber lachen können.

Ob das die Zuger GLP auch kann? Der Anbieterkurs an CVP und FDP inkl. Listenverbindung bei den Nationalratswahlen hat nichts genutzt: Im Kantonsrat wurde ein GLP-Vorstoss zur Senkung der Schwelle für Fraktionsstatus dank CVP und FDP nicht überwiesen.

Nichts zu lachen haben die ZugerInnen angesichts des bürgerlichen Sparkurses. Bei der Budgetdebatte wollte dann aber eine Mehrheit von FDP und CVP nichts mehr wissen von Eigenverantwortung beim Mittagessen, sondern beanspruchte für sich **Staatsgelder**. Stefan Gisler von der ALG forderte «weiterhin miteinander essen, aber selber zahlen». Heini Schmid von der CVP verteidigte das «Essen auf Staatskosten» mit dem Argument, es ginge die schöne Tradition des gemeinsamen Essens verloren. Schöne Traditionen und Gemeinsamkeit werden geschätzt – aber nur, wenn es der Staat zahlt.

Ob die Zugisierung der Schweiz sich bei den Bundesratswahlen durchsetzt, wie das der Tagi befürchtet hat, war bei Redaktions-

schluss (3. Dezember) nicht bekannt. Dass für die Zugisierung gewisser Medien ein paar Damenslips genügen, sagt schon alles über das Niveau von Blick, 20 Minuten und Tele Züri.

Frau J. S. aus O. bei Z. war aber trotzdem nicht zufrieden. An Tele Züri erging der Twitter-Befehl: «Schickt bitte nächstes Mal nicht mehr den Praktikanten nach Zug.» Nicht wenige in Zug würden gerne Frau J. nach Züri schicken.

Viel geistiger Litter, eher schitter und weniger fitter – alles dank Twitter.

O Tännlerbaum

O Tännlerbaum, o Tännlerbaum,
du kannst mir nicht gefallen!
Du grünst nicht mal zur Sommerzeit,
deine Partei bei Fremdheit schreit.
O Tännlerbaum, o Tännlerbaum,
du kannst mir nicht gefallen!

O Tännlerbaum, o Tännlerbaum,
dein Amt will mich was lehren!
Du baust nicht mit Entschlossenheit,
ein Tunnel für die Ewigkeit:
O Tännlerbaum, o Tännlerbaum,
das kann dir nicht gefallen!

O Tännlerbaum, o Tännlerbaum,
was warst du für ein FIFA-Mann:
Anti-Korruption war nicht dein Ding,
als Anwalt siehst du das nicht so schlimm.
O Tännlerbaum, o Tännlerbaum,
das darf dir nicht gefallen!

O Tännlerbaum, o Tännlerbaum,
du machst beim Vabanque nicht mit,
dein Kopf ist dir zu schade,
du gibst dem Esel einen Tritt
O Tännlerbaum, o Tännlerbaum,
das muss dir nicht gefallen!



26

Wintergast

Montag, 11. Januar 2016,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Der einst gefeierte Jungfilmer Stefan Keller hat eine Idee für seinen neuen Film, aber sein Drehbuch bleibt im zweiten Satz stecken. Dazu sieht er sich mit finanziellen Problemen konfrontiert und auch in der Liebe hapert es. In seiner Not nimmt er einen Job als Tester von Jugendherbergen an. Auf seiner Odyssee durch eine eisgraue Schweiz versucht er sein Filmprojekt doch noch voranzubringen ... Andy Herzog und Matthias Günter legen ein unterhaltsames Roadmovie durch Schweizer Befindlichkeit vor – sensibel beobachtet, wunderbar melancholisch, leise, komisch und selbstironisch. Beide Regisseure sind anwesend.

**Padrone e sotto**

Montag, 8. Februar 2016,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

In einer schäbigen Bar in Süditalien treffen sich die Männer des Dorfes zum Karten- und Trinkspiel *Padrone e Sotto*. Wer zu den Trinkenden gehört, gewinnt – wer nie zum Trinken eingeladen wird, verliert. Während das Bier fließt und sich die Gemüter erhitzen, versucht Michele Cirigliano zu verstehen, was ihn als Kind beim Betrachten dieses Spiels so verwirrt: Wo liegt die Grenze zwischen Spiel und Ernst, wenn sich diese Männer anbrüllen? «Padrone e sotto» erkundet die Rivalitäten in einer Männergesellschaft und widerspiegelt das urmenschliche Ringen nach Liebe, Anerkennung und Macht. Michele Cirigliano ist anwesend.

**Away from all Suns**

Montag, 14. März 2016,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Isa Willingers Dokumentarfilm handelt vom Geist der Architektur des russischen Konstruktivismus der 1920er-Jahre und dem heutigen Kampf einiger Bewohner um den Erhalt der Häuser. Mit poetischer Sprache und Bildern von damals und heute führt uns Isa Willinger in ein unbekanntes Moskau, in dem diese Gebäude wie im Verborgenen stehen. Die Kamera dokumentiert das durchdachte Konzept der Häuser und die emotionale Verbundenheit der Bewohner. Kontrastiert wird dies durch das rein ökonomische Denken der Stadt Moskau, die diese Schätze verfallen lässt. Ein inspirierender Film mit einer ganz eigenen Handschrift. Isa Willinger ist anwesend.



**Mittwoch, 6. Januar,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse 33 Zug
Vorstellung Spekulationsstopp-Initiative mit Jo Lang, Fabian Molina, Juso Schweiz und Andy Lustenberger

**Mittwoch, 3. Februar,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse 33 Zug

**Mittwoch, 2. März,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse 33 Zug
Jahresversammlung

**Mittwoch, 1. Juni,
Feier 30 Jahre Bulletin,
Terminreservierung
Ort und Zeit folgen**

Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr
E-Mails an:
info@alternative-zug.ch
werden von Mo–Fr
bearbeitet.

Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Thomas Ehrensperger
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

(ehemals Gleis 3 Alternative Risch)
Heinz Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Edith Seger Niederhauser
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Junge Alternative Zug

Alessandro Perucchi
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne

Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch



Namentlich kennzeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

BULLETIN
Nr. 4, Dezember 2015
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
bulletin@alternative-zug.ch

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Lorenzo Martinoni

Lektorin:
Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild:
Paula Gisler

Nutzaufgabe:
800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6300 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2016:
Freitag, 4. März 2016

Erscheinungsdatum
Nr. 1/2016:
Freitag, 26. März 2016

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

